



aktuell

Monatszeitschrift des OGB•L - Juli/August 2002 - N°7/8



**Vacances,
le droit au congé :
un acquis grâce
au combat des syndicats !**



*Die 700.000 Einwohner-Debatte objektivieren!
(Seite 10)*

Sommaire

Inhalt

4



Editorial

Konkrete Ergebnisse

6



AMMD

Und wieder schert die Ärztervereinigung aus!

8



Exekutive

Endspurt vor den Ferien?!

10



Der OGB♦L bei Umweltminister Goerens

Die 700.000 Einwohner-Debatte objektivieren!

16



Point de vue

Convention sur l'avenir de l'Europe

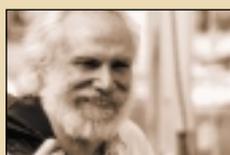
20



Du nouveau dans les entreprises

TrefilArbed, Monopol, Ponts et Chaussées, ...

26



ACAL

Programme de la Journée des Chauffeurs 2002

32



Frontaliers Français

Taxe sur les contrats automobiles

MAJOO, DÉI
VAKANZ KA NACH
LAANG DAUEREN

FERME
POUR CAUSE
DE
RESTRUCTURATION

CHOMAGE

C'EST UN LUXEMBOURGEOIS,
IL NE FAIT QUE DES
RÉSIDENCES!

WUNNENGSNOUT
A BAUPRÄISER

OCH SOZIAL PROBLEMER GI MAT EIS ALL
AN D'VAKANZ!

ACHMEIDER

E KLENGE VIR-
GESCHMAACH VUN
DER ZUKUNFT

700.000 AWUNNER STAAT

ECH WOLLT D'SUEN FIR ENG
WELTREES GEBRAUCHEN -
AN ELO GEET ET JUST DUER
FIR DEN TAXI OP D'GARE!

FORFAIT D'EDUCATION

Konkrete Ergebnisse

Die OGB♦L Mobilisierungskampagne für eine gerechte Umverteilung hat in den vergangenen Wochen vieles bewegt. Durch sie wurde möglich, dass quer durch unsere Gesellschaft, besonders für die Masse der Menschen, konkrete Verbesserungen im Renten-, Sozial- und familienpolitischen Bereich durchgesetzt werden konnten. Natürlich wurden nicht alle Probleme gelöst und die soziale Gerechtigkeit noch nicht hergestellt. Es war aber sozialer Fortschritt auf einer hohen Ebene und dadurch auch eine Verbesserung der Kaufkraft der Aktiven und Pensionierten.

Kontinuierlicher Einsatz

Die Aktionen des OGB♦L machen sich bezahlt. Kollektivverträge werden - gegen den immer größeren Widerstand der Arbeitgeber - kontinuierlich erneuert und verbessert. Nicht alle und nicht immer entsprechen sie den guten Resultaten des Sektors. Beispiel Banken: hier ist das Patronat der Gewinner, weil die gemeinsame Front der Gewerkschaften gezielt durch die ALEBA zerschlagen und lange Zeit vom LCGB als Steigbügelhalter unterstützt wurde. Sozusagen in letzter Minute hat der LCGB die OGB♦L Argumentation und Position übernommen und wird nun doch nicht unterschreiben. Ob der Druck der Basis wohl doch zu gross war? Die Geschädigten wären einmal mehr die Zehntausenden von Bankangestellten, sie hätten Besseres verdient.

Andere Kollektivverträge konnten erst über das nationale Schlichtungsamt geregelt werden oder befinden sich noch in der Schlichtungsprozedur. Die Kollektivverträge sind weiterhin ein wesentliches Instrument, um Einfluss auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu nehmen. Dies kann aber nur eine starke Gewerkschaft wie der

OGB♦L bewirken. Darum auch die Bedeutung der versprochenen Kollektivvertragsreform sowie die vom OGB♦L geforderte Modernisierung der Mitbestimmungs- und Delegationsgesetze. Die diesbezügliche OGB♦L Mobilisierungskampagne läuft!

Der OGB♦L hielt Wort!

Ende Juni wurden die neuen, erhöhten Renten im Privatsektor und die Nachzahlungen auf den 1. März 2002 ausgezahlt. Es gab zufriedene Gesichter bei den Rentnern und Witwen, auch wenn nicht alle Probleme gelöst sind. Ein wesentlicher Schritt in Richtung Rentengerechtigkeit war es jedenfalls und weder die Rentner, noch der OGB♦L, lassen sich ihren Erfolg durch bestimmte Miesmacher verderben.

Seit 1996 kämpfte der OGB♦L hierfür und die Betroffenen haben einen Anspruch auf die Erhöhungen. Sie haben dafür geschuftet und Beiträge gezahlt. Man höre doch bitte mit dem Heraufbeschwören einer Untergangsstimmung auf, die seltsamerweise nur für den Privatsektor gilt. Geschürt wird diese Idee oft von staatlichen Würdenträgern, die selbst in ein paar Jahren, Bezieher von quasi 5/6 Pensionen ohne jegliche Einkommensbegrenzung sein werden. Aber dies scheint normal und auch in den kommenden Jahrtausenden problemlos finanzierbar.

Neues Invalidengesetz

Diese "historische" Reform wurde endlich verabschiedet. Jahrelang und mit Erfolg kämpfte der OGB♦L für die nun vorliegende,



John Castegnaro
Präsident

tiefgreifende Reform. Während andere wochenlang lamentierten, setzte der OGB♦L noch in letzter Minute eine retroaktive Anwendung des Gesetzes durch. Mit dem neuen Gesetz wird dem Leidensweg vieler Antragsteller ein Ende gesetzt. Vorbei ist die Zeit der Demütigung und des Absturzes in die totale Armut.

Im Herbst soll ein weiteres, wichtiges Gesetz zur Abstimmung gelangen, das endlich die Ausnahmebestimmungen für die Beschäftigten des Horeca-Sektors (Hotels und Gaststätten) abschafft. Auch hier bestand jahrelanger Druck, lagen konkrete Vorschläge des OGB♦L vor. Auch hier haben wir in letzter Minute sichergestellt, dass der Lohnausgleich bei der progressiven Verwirklichung der 40-Stundenwoche garantiert wird.

Kräfte messen mit den Ärzten

Wir bleiben dabei: mit uns gibt es keine 2-Klassen-Medizin, also keine Verabschiedung von dem bestehenden Konventionssystem. Wir sind aber nach wie vor für Anpassungen und Verbesserungen was die Entlohnung der Ärzte anbelangt. Um dies zu erreichen, sollte die AMMD endlich ihren Kampf gegen die Windmühlen aufgeben und konkrete Forderungen und Vorschläge unterbreiten, wie bestehende Probleme zu lösen wären. Oder muss man davon ausgehen, dass die Vorgehensweise der Ärztevereinigung wirklich ausschließlich darauf ausgelegt ist, es zum Krach kommen zu lassen?

Interessant im Gesundheitswesen ist auch die Entwicklung im Spitalbereich im Süden des Landes. Skandalös ist die Tatsache, dass das versprochene Reha-Zentrum immer noch studiert wird. Minister und Abgeordnete sollten sich nur für einige Stunden ins Reha-Zentrum Hamm begeben. Dort könnten sie vor

Ort feststellen, dass die Bedingungen für die Patienten und das Personal unzumutbar sind!

Permanenter Einsatz

Andere reden viel, der OGB♦L handelt. Die vom Abgeordneten Lucien Lux präsentierte Gesetzesinitiative "Stress am Arbeitsplatz" trägt auch die Handschrift des OGB♦L, sehr zum Ärger des rechten Lagers. Worte oder Taten? Wir halten es mit den Taten, darum begrüßen wir auch den ersten Teil neuer Maßnahmen gegen die Wohnungsnot. Bereits jetzt warnen wir vor der geforderten Reform des Mietgesetzes. Sie könnte bedeuten, dass Baulandpreise zwar niedriger, die Mieten dafür höher würden.

Den Urlaub genießen

Viele Arbeitnehmer, die Schüler und ihre Familien werden die Urlaubspause genießen. Den Schulabgängern wünschen wir, dass der Arbeitsmarkt die Stellen anbietet, die der schulischen Leistung entsprechen und dass er die Basis für Selbstständigkeit und Existenzgründung bietet. Diese "neuen" Arbeitnehmer sollten auch Gewerkschaftsmitglieder werden. Wir brauchen sie. Es ist eine Frage der Solidarität, der Stärke und der Durchsetzungsfähigkeit.

Die Zukunft ist voller Herausforderungen. Die Zeichen in der Europäischen Union stehen nach wie vor vorrangig auf wirtschaftlichem Erfolg ... auch durch Sozialabbau. Und das werden wir so nicht hinnehmen!!

Und wieder schert die Ärztevereinigung aus!

Mit Erstaunen nimmt der OGB♦L zur Kenntnis, dass die AMMD, einer der Partner der aus der Quadripartite hervorgegangenen Arbeitsgruppe, die eingesetzt wurde um sich eingehend mit den Forderungen der Ärzte und Zahnärzte auseinanderzusetzen und Lösungen herbeizuführen, wieder einmal vortprescht und vor Abschluss der Diskussionen in einer Pressekonferenz vermutlich schmolend seine unkohärente Position wiederholt.

Da bekannt ist, dass die Schlussfolgerungen dieser Arbeitsgruppe in einer auf den 17. Juli anberaumten Sitzung gezogen und finalisiert werden sollen, muss die Frage nach dem plötzlichen

Ausscheren und dem Sabotieren der Verhandlungen zum jetzigen Zeitpunkt erlaubt sein. Ob sich die AMMD wohl einfach Luft machen musste, weil ihre Argumente im Sinn einer Teilkonventionierung einfach nicht haltbar waren?

Die sture Haltung und der plötzliche Informationsdrang der Ärztevereinigung erstaunt umso mehr, als dass das zum jetzigen Zeitpunkt vorliegende Arbeitsdokument von Gewerkschaftsseite eine maßgebliche Öffnung enthielt und die Bereitschaft alle Probleme, insbesondere auch die der Allgemeinmediziner, zu behandeln, durchblicken ließ.

Im Sinne eines konstruktiven Verhandlungsgeistes muss die AMMD endlich ihre Prioritäten endlich klar erkennen lassen. Sollte es darum gehen, den verschiedenen Kategorien von Ärzten den ihnen zustehenden Verdienst zu sichern, so sind verschiedene Modelle denkbar, sollte das eigentliche Ziel aber die Dekonventionierung sein, ist keine Einigung möglich.

Für den OGB♦L bleibt jedenfalls auch weiterhin die Beibehaltung der Konventionierung als Bestandteil unseres Sozialversicherungssystems, im Interesse der rund 400.000 Versicherten in Luxemburg, von vitalem Interesse.

Unterredung des OGB♦L mit Sozialminister Carlo Wagner

Invalidenrenten, Ajustement, Pflegeversicherung: im Sinne der Betroffenen handeln

Am 4. Juli 2002 fand auf Anfrage des OGB♦L, eine Unterredung einer OGB♦L Delegation angeführt von Nationalpräsident John Castegnaro mit Sozialminister Carlo Wagner und dem Direktor der IGSS, Georges Schroeder, statt, bei der es hauptsächlich um das Gesetz zur Neuregelung der Invalidität ging, das bereits am 10. Juli, also einen Tag früher als geplant, im Parlament zur Abstimmung kommen wird.

Der Sozialminister sagte dem OGB♦L die geforderte Retroaktivität des Gesetzes zu, d.h. dass alle anhängigen und abgelehnten Dossiers, die weniger als 1 Jahr alt sind, gemäß den neuen Bestimmungen, auf Anfrage hin, neu aufgerollt werden können. Zu diesem Zweck werden spezielle Formulare ausgearbeitet, die den Betroffenen zugestellt werden. Minister Wagner bestätigte weiter, dass die Anwendung des neuen Gesetzestextes im Sinn und Geist der Tripartite geschehen wird. Durch eine weit gehende, administrative Kulanz und Flexibilität soll sicher gestellt werden, dass die Betroffenen keine Unterbrechung der finanziellen Leistungen während der Prozedur erleiden müssen und dadurch das Risiko des finanziellen Absturzes aufgrund einer Berufsunfähigkeit vermieden werden kann. Darüber hinaus hat der Minister eine Nachbesserung des Gesetzes innerhalb der nächsten zwei Jahre zugesagt, falls diese sich aus der Praxis ergeben sollte.

Parallel hierzu hat der OGB♦L mit dem Ko-Autor des Gesetzes, dem Arbeits- und Beschäftigungsminister Biltgen, die bedeutende arbeitsrechtliche Dimension des neuen Gesetzes durch-

diskutiert, so dass nun gehofft werden kann, dass die Umsetzung problemlos verlaufen wird.

Im weiteren Verlauf des Gesprächs wurden die Themen Pflegeversicherung, Nischenpolitik und Rententisch "bis", angesprochen. Bei letzterem sind beide Parteien sich einig, dass es zur Zeit keinen Grund gibt, einen Rententisch "bis" einzuberufen, bevor die Ergebnisse aus den Arbeitsgruppen "Individualisierung der Rechte", "alternative Finanzierungsquellen" und "Anlagemöglichkeiten", vorliegen.

Im Zusammenhang mit der Pensionsdiskussion hat der OGB♦L beim Sozialminister darauf gedrängt, das sogenannte "Rentenajustement" zum 1. Januar 2003, zugunsten der Rentner des öffentlichen und des Privatsektors, vorzunehmen. Genauso bestand der OGB♦L auf den notwendigen Anpassungen bei der Pflegeversicherung, u.a. der sogenannten "Revalidation", die, laut Aussagen des Ministers, im Herbst auf den gesetzlichen Instanzenweg gehen werden.

Abschließend wurde die Nischenpolitik diskutiert, wobei beide Delegationen sich einig waren, dass die soziale Sicherheit nur ein, wenn auch wesentlicher Aspekt der äußerst komplexen Gesamtproblematik ist. In diesem Sinn wird der OGB♦L in einem Brief an Staatsminister Juncker diesen auffordern eine interministerielle Arbeitsgruppe einzusetzen, die sich kompetenzübergreifend mit der gesamten Problemstellung befassen wird.

Total liberal



Unter dem Banner eines total liberalen Gesundheitswesens wollte und will die Führung der Ärzteschaft in Luxemburg ihre Mitglieder noch immer in den Krieg gegen alle Versicherten führen. Ihren Mitgliedern verspricht sie weniger Arbeit und mehr Einkommen, den Versicherten eine "Wellness-Medizin". Dass die spezifischen Probleme und Forderungen einzelner Ärztekategorien, wie z. B. die der Allgemeinpraktiker riskieren in einem solchen System ungelöst zu bleiben oder auf dem Altar des Liberalismus geopfert zu werden, stört anscheinend niemanden. Auf diese Problematik und die Politik der Vertreter der Ärzteschaft werde ich in einem gesonderten Beitrag im Herbst eingehen.

Für den OGB♦L bleibt es an erster Stelle wichtig ein qualitativ hochwertiges Gesundheitswesen zu erhalten und auszubauen, zu dem jeder Bürger, unabhängig von seinem Einkommen, den gleichen Zugang hat. Um zu illustrieren wie das Gesundheitswesen in einem liberalen - dem liberalsten Land schlechthin, sieht man von Handelssperren, Schutzzöllen u.a. ab - aussieht, habe ich mich mit dem System der USA auseinandergesetzt. Die USA haben nach ihren eigenen Aussagen das beste System und die höchste Qualität. Das System ist als marktorientiertes System allerdings überwiegend privat organisiert, die gesetzliche Krankenversicherungspflicht existiert in den meisten Staaten nicht, d.h. jeder ist für sich selbst verantwortlich. Die große Mehrheit der Amerikaner bezahlt einen Teil ihrer Arztrechnungen durch eine betriebliche Krankenversicherung. Fünf von sechs amerikanischen Arbeitnehmern (und ihre Familien) sind durch Gruppenkrankenversicherungen abgesichert, die entweder gemeinsam von Arbeitgeber und Arbeitnehmer oder vom Arbeitnehmer allein getragen werden. Die Versicherungspolice und die abgedeckten Risiken unterscheiden sich beträchtlich.

Das Gesundheitswesen der USA kostet rund 13,5% des PIB, 50% davon werden über öffentliche Mittel finanziert. Es handelt sich hierbei um eine Steuerfinanzierung da die reichen Bürger die hohen Kosten der Gesundheitsversorgung

abschreiben können. Die Minderbemittelten hingegen können sich "Qualität" nicht leisten. Die Lebenserwartung der US Bürger mit weißer Hautfarbe beträgt laut WHO 77 Jahre, jene der Bürger mit schwarzer Hautfarbe nur 71 Jahre. 44 Millionen US Bürger besitzen überhaupt keine Krankenversicherung, ihnen steht nur eine Basisversorgung zur Verfügung. Ihre medizinische Versorgung ist durch zwei soziale Programme gewährleistet, die 1965 eingerichtet wurden.

A) Medicare: Medicare kommt für die Hauptlast der Arztrechnungen von Rentnern und Behinderten auf. Medicare wird finanziert durch Sozialversicherungsabgaben, Beiträge der Versicherten und durch staatliche Zuschüsse. Jeder der einen Anspruch auf Leistungen aus der Sozialversicherung hat, ist über Medicare krankenversichert.

B) Medicaid : Medicaid ist ein gemeinsames Programm des Bundes und der Bundesstaaten und finanziert die medizinische Versorgung für Arme. Die erbrachten Leistungen unterscheiden sich von Bundesstaat zu Bundesstaat. Mit ca. 156.000 Millionen Dollar im Jahr ist Medicaid Amerikas größtes Sozialleistungsprogramm.

Trotz dieser beiden Programme muss schätzungsweise ein Siebtel (14,5%) der Amerikaner zumindest einen Teil des Jahres ohne Krankenversicherung auskommen. Es handelt sich dabei um Arbeitslose, um Arbeitnehmer, deren Arbeitgeber keine Krankenversicherung anbieten oder um Menschen, deren Einkommen nur knapp über der Armutsgrenze liegt.

Eine andere Form der privaten Krankenversorgung sind die HMOs (Health Maintenance Organizations). Eine HMO umfaßt ein Ärzteteam, das für eine im voraus bezahlte Gebühr die gesamte Krankenversorgung einer Person übernimmt. HMOs legen besonderen Wert auf die medizinische Vorsorge, weil sie auch die Kosten übernehmen müssen, die entstehen, wenn jemand spezielle Dienstleistungen in Anspruch nehmen muss, welche die HMOs nicht selbst anbieten

können. Einige Amerikaner stehen den HMOs jedoch kritisch gegenüber, weil sie das Recht der Patienten sich ihren Arzt selbst auszusuchen, einschränken, in Luxemburg vergleichsweise gilt seit ewigen Zeiten die freie Ärztwahl und die freie Wahl aller anderen Leistungsanbieter.

Die neueste Reformidee in Amerika, sieht die Einführung eines Patientenrechtsgesetzes ("patient's bill of rights") vor, das gewährleisten soll, dass Patienten einen Spezialisten ihrer Wahl aufsuchen, sich in einem Krankenhaus ihrer Wahl behandeln lassen können und die Möglichkeit erhalten gegen HMOs zu klagen, falls diese eine Behandlung ablehnen sollten.

Wenn man denn nun wirklich ein System mit dem anderen vergleichen möchte, muss man natürlich alle Zweige der sozialen Sicherheit prüfen. Herauskommt in unserem Fall die "soziale Unsicherheit", in der sich ein großer Teil der amerikanischen Bürger befindet; der Import des amerikanischen, liberalen Gesundheitskonzeptes in Europa allgemein und in Luxemburg würde eine klare Verschlechterung unseres Gesundheitswesens bedeuten.

René Pizzaferrì

Exekutive

Endspurt vor den Ferien ?!

Bauschuttdeponien: es wird eng

Nachdem der Verwaltungsgerichtshof sich am 2. Juli 2002 in einem Rekursverfahren gegen die Installation einer Bauschuttdeponie in Strassen ausgesprochen hat, befürchtet die OGB•L Exekutive eine unerwartete Zuspitzung der Situation. Gemeinsam mit der Patronatsföderation wird der OGB•L Druck auf die zuständigen Instanzen ausüben, um sicherzustellen, dass auch nach den Bauferien, die Aktivitäten weitergehen können. Da die Folgen eines Zusammenbruchs, sowohl wirtschaftlicher als auch sozialer Natur wären und vor allem die 12.000 Bauarbeiter und die abermals Tausenden Beschäftigten des Bauhandwerks die Leidtragenden wären, appelliert der OGB•L an den Staatsminister und die Regierung sich unverzüglich des Problems anzunehmen und unverzüglich eine kurzfristige Übergangslösung herbeizuführen. Daneben muss man sich im Dialog um mittel- und langfristige Lösungen bemühen, sowie globale und regionale Konzepte und Lösungen im Interesse des Landes vorschlagen und unterstützen.

Tripartite: aufgeschoben ist nicht aufgehoben

Nachdem die Juli-Sitzung der nationalen Tripartite im gemeinsamen Einverständnis auf den Herbst verlegt wurde, fordert die OGB•L Exekutive, dass diese sich anlässlich ihrer nächsten Sitzung mit dem Thema der Nischenpolitik in seiner ganzen Bandbreite auseinandersetzen muss. In diesem weitgreifenden und politisch sensiblen Dossier dürfen vor allem keine "faits accomplis" geschaffen werden; der komplexen Problematik ist nur durch eine koordinierte Politik unter Einbindung aller Minister zu begegnen. In diesem Zusammenhang kommt der Einführung der Arbeitserlaubnis (Permis E) eine große Bedeutung zu.

Punktführerschein: kein Zynismus bitte!

Die OGB•L-Exekutive unterstützt den Appell seines Berufssyndikats ACAL an die Berufsfahrer, aufgrund der gesetzlichen Einführung des Punktführerscheins, nun Dienst nach Vorschrift zu verrichten und sichert den betroffenen Fahrern die Hilfe des OGB•L und jede Form von Schutz zu. Sie bedauert daher den Zynismus in verschiedenen Kommentaren, dies umso mehr, als es eigentlich selbstverständlich sein müsste, dass das Patronat als allererstes dafür Sorge zu tragen hat, dass den Fahrern keine Schwierigkeiten durch defekte Fahrzeuge oder überlastete Fahrpläne entstehen können. Es geht schließlich um die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer.

Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand

Die Exekutive wird in einem Brief an die Regierung Aufschluss über das Fortschreiten der Vorarbeiten zu einem Gesetzesprojekt über die Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand verlangen, dies um so mehr als eine diesbezügliche Initiative bereits im Koalitionsabkommen von August 1999 vorgesehen war.

Faillites: nun sind es 313!

Die letzten Zahlen belegen mit 313 Konkursen und nunmehr 650 Betroffenen (253 Einheimische und 397 Grenzgänger), dass die jahrelangen politischen Karenzen weiter Unheil anrichten, indem sie viele Menschen in eine prekäre soziale Lage bringen. Dieser negativen Entwicklung, muss, wie von Staatsminister Jean-Claude Juncker anlässlich seiner Erklärung zur Lage der Nation angekündigt, durch ein unverzügliches gesetzliches Gegensteuern Einhalt geboten werden.

In diesem Zusammenhang stellt die Exekutive fest, dass der Arbeitsmarkt insgesamt zwar stagniert, man aber bereits jetzt vorbeugend wirken sollte, um den Schulabgängern, die ab diesem Monat auf den Arbeitsmarkt stoßen werden, Rechnung zu tragen.



Der OGB♦L beim Fonds du Logement Wohnungsnotstand ist eine nationale Herausforderung!

Am 26. Juni 2002 fand auf Anfrage des OGB♦L eine Unterredung einer OGB♦L-Delegation bestehend aus Nationalpräsident John Castegnaro, Marie-Thérèse Sannipoli, Mitglied des Geschäftsführenden Vorstandes, Pierre Schartz, Vizepräsident und Carlos Pereira, Regionalleiter mit dem Präsidenten des Fonds du Logement, Daniel Miltgen statt.

Übereinstimmend wurde festgestellt, dass in Luxemburg weiterhin akuter Wohnungsnotstand besteht. Hervorgehoben wurde auch die bedeutende und aktive Rolle des Fonds du Logement und seine ständigen Bemühungen, um zur Lösung der Problematik beizutragen.

Im Verlauf des Gesprächs informierte der Fonds du Logement-Präsident die OGB♦L Vertreter über die legislative Umsetzung der von Staatsminister Junker anlässlich seiner Rede zur Nation vorgestellten Maßnahmen zur Förderung des Wohnungsbaus. Beide Parteien sind sich bewusst, dass diese

Umsetzung aufmerksam verfolgt werden muss, um die nötigen Korrekturen schnell vorzunehmen und gegebenenfalls neue Initiativen zu ergreifen.

Der OGB♦L unterstrich besonders die Rolle und die große Verantwortung, die den Gemeinden in diesem Zusammenhang zukommt und erinnerte an seine Aussprache mit dem Syvicol-Präsidenten vom 29. Mai 2002, anlässlich der das Thema Wohnungsbau ausgiebig diskutiert worden war. In diesem Sinn forderte der OGB♦L den Fonds du Logement auf, Kontakt mit dem Gemeindegewerkschaft aufzunehmen, um zu klären, welche Rolle den Gemeinden bei der Baulandbeschaffung und dem Vergrößern des Angebots an sozialem Wohnungsbau zukommen kann. Der OGB♦L ist der Meinung, dass eine Lösung des Wohnungsnotstandes und dies sowohl auf Ebene des Baus von Eigentumswohnungen als auch des Baus von Mietwohnungen in öffentlicher Hand nur dann ein Erfolg sein wird, wenn sie die Akzeptanz der Gemeinden findet und gezielte Pro-

gramme von ihnen solidarisch mit getragen werden.

Mit Erstaunen nahmen die OGB♦L Vertreter zur Kenntnis, dass der Fonds du Logement bislang weder in die Diskussionen und die Planung der Industriebranchen im Süden des Landes mit einbezogen wurde, noch dazu befragt wurde, obwohl hier Wohnraum für Tausende geschaffen werden soll. Dies ist jedoch unumgänglich wenn ein Miteinander statt ein Gegeneinander angestrebt wird. Auch hier drängt sich eine kurzfristige Aussprache aller Beteiligten auf.

Bemüht um eine kurzfristige Behebung der akuten Wohnungsnotlage, erinnerte der OGB♦L Präsident abschließend an eine frühere Forderung des OGB♦L, laut der Anreize für Privatpromoteure geschaffen werden müssen, um den Bau von Mietwohnungen in öffentlicher Hand zu fördern, die vom Fonds du Logement verwaltet werden.

Erklärungen von Umweltminister Goerens anlässlich der Vorstellung der SERI-Studie

Intelligenter Flächenverbrauch = Raum für Wohnungsbau

Mit Interesse nahm der OGB♦L, die von Umweltminister Charles Goerens anlässlich der Vorstellung der SERI-Studie (Sustainable Europe Research Institute) im Zusammenhang mit dem Bevölkerungszuwachs gemachten Äußerungen zum Wohnungsbau in Kenntnis.

Als mögliche Lösungsvorschläge zu einer effektiveren Flächennutzung sprach der Minister von einer Verdichtung der Siedlungsflächen, sprich dem Bau "in den Höhe" d.h. dem verstärkten Errichten von Eigentumswohnungen, respektive von der Möglichkeit, dass der Staat alle zum Verkauf stehenden Grundstücke aufkaufen und verwalten soll. Weiter zog

er eine Art "Wohnsteuer" in Erwägung, die pro Haushalt ab 100 m² genutzte Wohnfläche, berechnet werden könnte.

Um weiteren Aufschluss über diese angekündigten Maßnahmen und deren Tragweite zu bekommen, hat der OGB♦L eine Unterredung mit dem Minister beantragt.

Man darf auch gespannt sein, ob diese Überlegungen in die Schlussfolgerungen der Abgeordneten anlässlich der parlamentarischen Debatte zur nachhaltigen Entwicklung, die nächste Woche im Parlament stattfindet, einfließen werden.

Der OGB♦L bei Umweltminister Goerens

Die 700.000 Einwohner-Debatte objektivieren!

Im Umfeld seiner Unterredungen zum Thema Wohnungsbau in Luxemburg, hatte der OGB♦L auch um einen Termin bei Umweltminister Charles Goerens gebeten. Kernstück dieser Unterredung, die am 17. Juli stattfand, war die SERI (Sustainable Europe Research Institute)-Studie über welche die OGB♦L Delegation angeführt von OGB♦L Präsident John Castegnaro und weiter bestehend aus den Vize-Präsidenten Armand Drews und Pierre Schmartz sowie Pressereferentin Chantal Boly, vom Minister und dem zuständigen Staatssekretär Eugène Berger Aufschluss bekam.

Analysiert wurden im Rahmen der bislang sehr emotional geführten Debatte über die Zuwanderung im Luxemburger Raum, die ökologischen Aspekte eines massiven Bevölkerungsanstieg und hierbei speziell die vier Problembereiche Energie, Verkehr, Flächenverbrauch und Abfall. Nach den Untersuchungen dieser SERI-Studie führt der prognostizierte Bevölkerungswachstum nicht zwangsläufig zu einem erhöhten Ener-

gie- und Umweltverbrauch und damit zu einer massiven Einschränkung der Lebensqualität in Luxemburg. Durch den Versuch Umweltbelastungen zu stabilisieren oder zu reduzieren, durch die effektivere Nutzung technischer Innovationen und durch eine differenzierte Wirtschafts- und Umweltpolitik, kann eine nationale Nachhaltigkeitsstrategie durchaus Wirklichkeit werden. Hier steht aber vor allem die Politik in der Verantwortung.

Für den OGB♦L kommt der SERI-Studie in diesem Zusammenhang eine stark pädagogische Bedeutung zu. Sie soll und muss verhindern, dass in Luxemburg die Lebensraumdebatte zu parteipolitischen Zwecken missbraucht wird oder dass sie Ängste schürt, die Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit provozieren. Sie ist daher ein Beitrag zur Versachlichung der 700.000 Debatte, eine Basis für einen ehrlichen und breiten Dialog.

Bauschuttdeponien: kein Grund zur Panik!

Im weiteren Verlauf des Gesprächs wurde auch das Thema Bauschuttdeponien andiskutiert, wobei Minister Goerens und Staatssekretär Berger klargestellten, dass alles mögliche unternommen wird, um den "Plan sectoriel" rapid und effizient umzusetzen. Genauso deutlich war auch ihre Aussage, dass es zur Zeit keinen Grund zur Panik gibt: das aktuelle Netz der Bauschuttdeponien bietet immer noch genug Auffangmöglichkeiten, auch wenn zwischenzeitlich längere und belastendere Anfahrtswege in Kauf zu nehmen wären. Die Drohung der Arbeitgeberföderationen, Arbeitslosigkeit aus technischen Gründen für den ganzen Bausektor auszurufen, wäre somit gegenstandslos.



Monsieur le Premier Ministre
Jean-Claude Juncker
L-2910 Luxembourg

Esch/Alzette, le 10 juillet 2002

Monsieur le Premier Ministre,

Lors d'une réunion avec le Ministre de la Sécurité Sociale, Monsieur Carlo Wagner en date du 4 juillet, nous avons discuté e.a. dans le contexte de la politique dite des niches de marché, le volet "sécurité sociale et affiliation". Vu que les travaux préparatoires y relatifs n'ont pas abouti, nous avons convenu d'un commun accord de reporter la prochaine réunion de la Tripartite nationale, appelée à se pencher sur ce problème, en automne.

Même si ce volet est essentiel et que toute solution au problème apportera du confort aux ouvriers et employés concernés, il n'en reste pas moins que d'autres facettes du problème devront être examinées pour discerner des méthodes préventives, législatives et sociales et pour éviter que les imbroglios du passé ne se reproduisent à l'avenir. Dans aucun cas des "faits accomplis" ne doivent être créés au risque de perturber et d'hypothéquer les débats futurs.

Inutile de vous rappeler que déjà en février, suite à l'évolution du dossier Kralowetz, l'OGBL avait demandé la mise en place immédiate d'un comité interministériel - sous votre égide - composé de représentants des ministères du Transport, des Classes Moyennes, de la Justice, de la Sécurité Sociale, du Travail et de la Famille, chargé tant de la révision des procédures administratives (licences, autorisations communautaires, certificats, autorisations de travail, ... etc.) que de la mise en place d'instruments de contrôle efficaces. Dans ce contexte, l'introduction légale du "Permis E" revêt une importance tout à fait particulière.

Suite à la concentration des discussions au sein du seul Ministère de la Sécurité Sociale, l'OGBL relève donc sa demande et vous demande de convoquer tous les acteurs impliqués dans le plus bref délai.

Dans l'attente de vous lire à ce sujet, nous vous prions d'agréer, Monsieur le Premier Ministre, l'expression de notre haute considération.

John Castegnaro
Président

Copies pour information aux ministères du Transport, des Classes Moyennes, de la Justice, de la Sécurité Sociale, du Travail et de la Famille

OGB•L - Bureau exécutif
68, bd. J.F. Kennedy • B.P. 149 • L-4002 Esch/Alzette • Tél : 54 05 45 - 242 • Fax : 54 36 20

Politique dite des niches de marché

OGB♦L-Delegation bei Verkehrsminister Henri Grethen Die Problematik des Berufsverkehrs

Am 8. Juli 2002 fand eine Unterredung statt zwischen Verkehrsminister Henri Grethen und einer Delegation der Privatbeamten-Abteilung des OGB♦L, die von Jean-Claude Reding, Armand Drews, Claude Heirend und Marc Muno gebildet wurde. Gegenstand der Unterredung war die allgemeine Verkehrslage und das Parkingproblem auf dem Kirchberg.

Im Mai des vorigen Jahres hatte der OGB♦L bei den rund 2.600 Beschäftigten der BGL eine Umfrage durchgeführt, die zum Teil sehr aufschlussreiches Material über die Probleme geliefert hatte, die den Beschäftigten auf dem Arbeitsweg, aber auch bei der täglichen Parkplatzsuche zu schaffen machen.

Auf der Basis dieser Umfrage, die auch dem Verkehrsminister zugestellt worden war, wurde nun im Laufe der Unterredung u. a. über die Qualität des öffentlichen Transports, die Einrichtung einer Mobilitätszentrale, Jobtickets, und die Problematik der Wegunfälle diskutiert.

Der Minister unterstrich dabei, dass er eine Benutzerquote von 25 Prozent im öffentlichen Transport anstreben würde, wohingegen derzeit nur etwa 7% Benutzer vom Angebot des öffentlichen Transports Gebrauch machten, während auf den Individualverkehr 93% entfielen.

Die beiden Seiten kamen überein, künftig in der Problematik des Berufsverkehrs enger zusammen zu arbeiten. In diesem Zusammenhang informierten die Vertreter des OGB♦L den Minister darüber, dass die Gewerkschaft im September ein Rundtischgespräch und Aktionen organisieren werde, die besonders auf die schwierige Lage für die Beschäftigten auf dem Kirchberg hinweisen sollen.

Reaktion des christlichen Lager auf den Gesetzesvorschlag zum Thema Mobbing

Wie aufgeblasene Frösche!

Seit Jahren betreut der OGB♦L im Rahmen seines allgemeinen, arbeitsrechtlichen Beistands auch Mobbingopfer, diskret, wirkungsvoll und ohne Effekthascherei, wie es sich für dieses Thema ziemt.

Dabei musste der OGB♦L leider feststellen, dass das Phänomen "Stress am Arbeitsplatz" - und Mobbing ist ein wesentlicher Bestandteil hiervon - aufgrund der negativen Entwicklung der Betriebskulturen in den letzten Jahren, extrem zugenommen hat. Mobbing war schon immer ein Problem in der Arbeitswelt. Mit der zunehmenden Verschärfung von Leistungsdruck und Konkurrenz im Betrieb wird das Thema Mobbing gerade heute wieder besonders aktuell. Die Auswirkungen auf die Betroffenen sind oft katastrophal. Daher darf das Thema nicht zum Selbstzweck verkommen, es geht vorrangig darum, die Opfer dieser Entwicklung zu schützen und zu betreuen.

Der OGB♦L wurde daher bereits in der Vergangenheit aktiv und hat mehrmals bei der Regierung und dem zuständigen Arbeits- und Beschäftigungsminister interveniert, um ein diesbezügliches Gesetz zu erwirken. Gemäß dem Auftrag seines Kongresses von Dezember 1999, sprach der OGB♦L am 14.02.2000 bei der versammelten Regierung vor, wiederholte seine Forderung am 30.11.2000 beim Staatsminister, am 19.02.2001 wiederum bei der Regierung, sowie am 04.10.2001 beim Arbeitsminister. Dieser verwies anlässlich der Unterredung vom 19.02.2001 auf eine Fachkonferenz, welche die Schlußfolgerungen ziehen sollte, die ihrerseits die Basis für ein diesbezügliches Gesetz sein sollten. Diese hat bis heute nicht stattgefunden.

Da all diese Interventionen bislang ohne konkretes Resultat blieben, begrüßt der OGB♦L die Initiative des Deputierten Lux, der einen Gesetzesvorschlag im Parlament deponieren wird, um diesem Phänomen entgegen zu wirken. Dieser Vorschlag wurde übrigens in engster Zusammenarbeit mit dem OGB♦L vorbereitet. Die Entwicklung verträgt keinen Aufschub mehr; durch die jahrelangen Karenzen der Regierung und des Arbeitsministers, bei dem auch der LCGB scheinbar öfters erfolglos interveniert ist, hat das Problem eine Dimension erhalten, der nur noch auf legislativer Ebene entgegenzuwirken sein wird.

In diesem Sinne bedauert der OGB♦L das Verhalten der Kollegen vom LCGB und des Leitartiklers des Luxemburger Wort vom 2. Juli 2002, die dem OGB♦L "Trittbrettfahrerschaft" vorwerfen, nur weil sie das rezent aufgegriffene Thema, als von ihnen gepachtet erachten. Wenn schon Vergleiche aufgestellt werden, wer, wann und wo die Nase vorn hatte, dann bitte in aller Fairneß. Diese Gegenüberstellung könnte allerdings peinlich für den LCGB werden.

Im Sinne der vielen Betroffenen muss man sich dem Gesamtthema "Stress am Arbeitsplatz" sachlich nähern, dies auch um eine Massenhysterie zu vermeiden. Nur durch die Schaffung eines gesetzlichen Instrumentes, mit dem der legale Rahmen gesteckt und diskrete und professionelle (medizinische, psychische, juristische und arbeitsplatzerhaltende) Betreuung und Hilfe gewährleistet werden, kann den Opfern geholfen werden. Im Sinne einer "gesunden" Arbeitswelt, könnten Chefs und Mitarbeiter so motiviert werden, miteinander statt gegeneinander zu arbeiten.

Der OGB♦L bei Arbeitsminister Biltgen Es bleibt viel zu tun!

Seit seinem Kongress von Dezember 1999 hat der OGB♦L auf eine Modernisierung der Gewerkschaftsgesetze gedrängt und den Ausbau der Mitbestimmungsrechte des Personals verlangt. Insbesondere da sich das wirtschaftliche Umfeld und die Struktur der Betriebe in einem permanenten Wechsel befinden, da Betriebe fusioniert, aufgesplittert oder delokalisiert werden und die Rechte, Möglichkeiten und der Schutz der Personalvertreter nicht angepasst wurden, wies der OGB♦L mehrmals auf die Notwendigkeit einer umfangreichen und tiefgreifenden Reform der Gesetze und Bestimmungen zur Funktionsweise der Personalausschüsse und der Mitbestimmung sowie zur Gewerkschaftstätigkeit in den Unternehmen hin.

In diesem Zusammenhang fand am 16. Juli 2002 eine Unterredung einer OGB♦L Delegation angeführt von Präsident John Castegnaro und weiter bestehend aus Romain Binsfeld, Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands, Alain



Kinn, André Roeltgen, Leiter der Tarifabteilung und Presseferentin Chantal Boly mit Minister Biltgen und Vertretern des Arbeitsministeriums statt.

Im Verlauf des Gesprächs unterstrich der OGB♦L seine Ungeduld und notierte das Unvermögen des Ministers sich

bislang aufgrund anderer Prioritäten und jahrelanger Karenzen, diesem Dossier anzunehmen. Der Minister hat sich jedoch engagiert, einerseits die Reform des Kollektivvertragsgesetzes in dieser Legislaturperiode durchzuführen und hat andererseits versprochen, alles zu unternehmen, um vor Ablauf der 5-Jahresfrist die Delegations- und Mitbestimmungsgesetze von Grund auf zu modernisieren.

Ein weiteres Thema der Unterredung war die Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand, bei welcher der OGB♦L Aufschluss über das Fortschreiten der Vorarbeiten zu einem Gesetzesprojekt über die Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand vom Minister verlangte, dies um so mehr als eine diesbezügliche Initiative bereits im Koalitionsabkommen von August 1999 vorgesehen war. Der Minister verwies diesbezüglich auf ein Seminar, das am 26. September in Zusammenarbeit mit der europäischen "Eurofound"-Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, in Luxemburg organisiert wird. Dieses Seminar soll dazu dienen eine Bestandsaufnahme der Initiativen in Europa zu machen, soll aber auch Richtungen aufzeigen, um die schlagwortartige Behandlung des Themas abzuwenden, um die Debatte zu objektivieren und eine kontradiktorische Diskussion zu ermöglichen.

Erneut wies der OGB♦L auf die vielen Stressopfer am Arbeitsplatz hin und zeigte die fatalen Konsequenzen dieser negativen Entwicklung auf. Er unterstrich dabei die lobenswerte Initiative des Abgeordneten Lucien Lux, der einen Gesetzesvorschlag im Parlament deponieren wird, um diesem Phänomen entgegen zu wirken und betonte, dass dieser Vorschlag in engster Zusammenarbeit mit dem OGB♦L vorbereitet wurde. Der Minister versprach ab Herbst auch in diesem Dossier aktiv zu werden und das Problem Stress zu thematisieren.

Abschließend nahm der OGB♦L mit Genugtuung zur Kenntnis, dass seiner Forderung nach der Koppelung der stufenweisen Einführung der 40-Stunden-Woche im Horeca-Bereich an den vollen Lohnausgleich im Gesetzestext genauso Rechnung getragen wurde wie der Minister die Kritik des OGB♦L an dem staatlichen Versuch Ausnahmeregelungen zu basteln und befristete Arbeitsverträge von bis zu 15 Jahren zur Ersetzung Öffentlich Bediensteter einzuführen teilt.

De la poudre aux yeux

Félicitations à L'ABBL !

L'OGB♦L/SBA vient d'apprendre par voie d'article de presse que l'ABBL, l'ALEBA et le LCGB ont convenu de signer une convention collective de travail pour le secteur bancaire qui aura une durée de deux ans.

Nous félicitons l'ABBL d'avoir réussi à leurrer l'ALEBA et le LCGB avec sa proposition bidon d'augmentation théorique de salaire de 1,65% qui n'est finalement que de la « poudre aux yeux ».

Rappelons que la proposition du conciliateur pour 2002 prévoit une offre globale de 1,60 % qui se compose d'une augmentation linéaire des traitements de 1,05% pour tous les employés du secteur et d'une prime d'ancienneté de 0,55% qui ne concerne pas tous les employés. En outre la proposition du conciliateur, de signer un accord pour une durée d'un an, aurait permis aux syndicats de renégocier l'intégralité de leur catalogue de revendication au plus tard en automne 2002.

Par contre, la proposition de l'ABBL de vouloir étendre la convention collective sur une durée de deux ans en proposant pour 2003 une enveloppe globale de 1,65 %, principalement liée à la performance ne permettra qu'une éventuelle augmentation linéaire minimale des salaires aux employés pour 2003. Une fois les échelons d'ancienneté et de performance payés, d'après le système discrétionnaire parfaitement connu, il ne restera plus aucune marge de manœuvre pour une sérieuse révision des barèmes qui ferait profiter la totalité des employés.

Ainsi tous les autres thèmes qui nous tiennent à cœur, comme

- ♦ abolition du principe aléatoire, donc injuste, de la performance pour rappel : ratifié par le LCGB en 1993)
- ♦ aménagement du temps de travail
- ♦ classification arbitraire des salariés,

ne seront plus à l'ordre du jour pendant deux années ! En acceptant cette offre les salariés du secteur bancaire seront livrés, pieds et poings liés au patronat bancaire pour les deux prochaines années.

Où'il soit finalement permis de poser la question aux responsables de l'ALEBA et du LCGB pourquoi ils acceptent maintenant une proposition patronale quasiment identique, sinon inférieure à celle qu'ils ont rejetée lors de la dernière réunion de négociation, avant de passer devant l'office national de conciliation ? !

En se prononçant pour une signature des propositions du conciliateur, l'OGB♦L/SBA n'avait que pour ordre d'idées de ré-entamer rapidement les négociations pour une convention transparente et équitable pour le personnel de la place bancaire. N'oublions pas que ce sont eux à qui notre pays doit une grande partie de sa richesse.

Vater Staat und die Arbeitsgesetzgebung oder...

...wir basteln uns eine Ausnahme!



Der luxemburgische Staat will wieder einmal das Arbeitsrecht aufweichen! Und wieder einmal sind es seine ureigenen Interessen, die als Basis für den Versuch einer erneuten Deregulierung erhalten müssen. Nur soll es diesmal durch die berühmte Hintertür geschehen und zwar über einen Gesetzentwurf betreffend das Statut der öffentlich Bediensteten.

Betroffen sind erneut die Bestimmungen über den Arbeitsvertrag auf bestimmte Dauer. Erinnerung wird besonders an die Sonderwurst, die der Staat sich selbst und den Gemeinden bei den Lehrbeauftragten genehmigt hatte, um nur dieses eine Beispiel zu nennen.

Heuer geht es nur um die Ersetzung von Arbeitnehmern bei besonderen Situationen, wie z.B. bei längerem Urlaub. Visiert ist natürlich fast aus-

schließlich das Ersetzen von Staatsbediensteten, welche die Möglichkeit haben, einen unbezahlten Urlaub von bis zu 15 Jahren anzufragen.

Ohne in irgendeiner Hinsicht die Rechte der Staatsbediensteten antasten zu wollen, ist es für den OGB•L unannehmbar, dass Arbeitnehmer, die dem privatem Arbeitsrecht unterliegen, wegen eben dieser Rechte während Jahren ein prekäres Arbeitsverhältnis hinnehmen müssen. Es kann doch nicht in der Logik der Gesetzgebung von 1989 sein, dass ein Arbeitsverhältnis von 10 und mehr Jahren als punktuell und nicht dauerhaft angesehen werden darf.

Gnädigerweise wird jedoch den so eingestellten Arbeitnehmern die Möglichkeit eingeräumt, ihren befristeten Arbeitsvertrag vor Ablauf der Frist einseitig zu kündigen. Dies darf aber frühestens nach 2 Jahren erfolgen und unter der ausdrücklichen Bedingung, dass sie schriftlich nachweisen können, dass der gleiche oder ein anderer Arbeitgeber sie auf unbefristete Dauer eingestellt hat.

Diese Bestimmungen erinnern schrecklich an die Zeiten der Leibeigenschaft, sie bewegen sich knallhart am Rande

der Menschenrechtsvergewaltigung, ganz sicher sind sie jedoch ein kräftiger Fußtritt für die fundamentalen Rechte des Arbeitnehmers.

Der OGB•L wehrt sich vehement gegen diesen erneuten Versuch der Regierung aus egoistischen Gründen eine Deregulierung der bestehenden Arbeitsgesetzgebung vorzunehmen und ist dementsprechend heftig beim Arbeits- und Beschäftigungsminister für eine Rücknahme des Gesetzesprojektes eingetreten.

Der Gesetzgeber von 1989 hat den Gebrauch von befristeten Arbeitsverträgen stark eingeschränkt und ihre Dauer auf 2 Jahre festgelegt. Die Philosophie der damaligen Gesetzgeber war, dass der Vertrag auf unbestimmte Zeit die Regel sein müsse. Die sich folgenden Regierungen haben jedoch seither dieser Philosophie nur wenig Respekt erwiesen.

Es genügt nicht, sich als letzte Bastion der Wahrung der Arbeitnehmerrechte in Europa darzustellen. Der Beweis dafür muss erbracht werden und am besten beginnt man vor der eigenen Haustüre.

Romain Binsfeld

Section OGB•L Esch/Alzette

60^{ème} Commémoration de la grève générale de 1942

31 août 2002 à 18h00

**Dépôt d'une gerbe au "Monument aux Morts"
(place de la Résistance) à Esch/Alzette**

Attention aux dérives !

Suite à une rencontre avec des responsables de l'Association des Enseignants Chercheurs des établissements de l'Enseignement Supérieur au Luxembourg (AECS), le SEW tient à prendre position sur le projet de l'Université de Luxembourg, dont le dépôt semble imminent. D'ores et déjà, le SEW souhaite attirer l'attention des responsables politiques sur les points suivants :

- ♦ Au lieu de mettre en place des structures démocratiques, ce projet accorde un pouvoir excessif au directeur-président de la nouvelle université.
- ♦ En prévoyant, à côté de trois facultés, la création de toutes sortes d'instituts interdisciplinaires, ce projet ouvre la voie à un clientélisme à

la luxembourgeoise au niveau des postes de direction de ces instituts.

- ♦ En créant une faculté carrément «résiduelle» pour les sciences humaines, les sciences de l'Éducation et les Arts, ce projet jette dans un même panier une panoplie d'organismes, qui présentent des caractéristiques très divergentes et un degré de préparation aux nouveaux défis très variable.

Le SEW/OGB♦L s'inquiète de la tournure que prend ce projet. Il demande aux responsables du Ministère de l'Enseignement supérieur et de la Recherche de renoncer à un dépôt précipité et de reprendre la discussion sur la base notamment du principe de la liberté académique et du rôle primordial qu'un tel projet universitaire est

appelé à jouer : celui d'offrir un enseignement universitaire conduisant à des diplômes efficaces répondant aux besoins professionnels, culturels et intellectuels de la société luxembourgeoise et de la région dans laquelle elle s'insère. Parmi ces besoins, nous insistons sur la nécessité de la recherche pédagogique dans le domaine des langues.

Par ailleurs, nous plaignons

- ♦ pour la continuité de l'enseignement public luxembourgeois, incluant l'enseignement supérieur et son corollaire naturel, la recherche universitaire ;
- ♦ pour le retour du stage pédagogique sous la tutelle du Ministère de l'Éducation nationale.

Rencontre SEW/OGB♦L avec la Ministre de l'Éducation nationale

Une entrevue intéressante, mais peu de concessions !

Le 27 juin, une délégation du comité de l'enseignement secondaire du SEW/OGB♦L a rencontré la Ministre de l'Éducation nationale afin de revenir sur certaines revendications et d'être informé sur plusieurs dossiers.

Le SEW a salué la **nouvelle procédure des nominations et mutations du personnel enseignant des lycées et lycées techniques**, qui respecte le principe de l'ancienneté de service. La Ministre a précisé qu'en principe un directeur ou une directrice ne peut pas refuser l'entretien respectivement sa signature, indispensables à la mutation d'un-e enseignant-e.

En revanche, au niveau des mesures revendiquées par le SEW pour **rendre l'examen-concours de recrutement plus transparent**, aucune concession de la part du MENFPS n'est à noter, sauf que le même objectif fondamental sera clairement énoncé dans l'arrêté de chaque branche à partir de la rentrée 2003/2004 et que les candidat-e-s seront informé-e-s expressément, lors de la réunion d'information, qu'ils et elles peuvent demander les raisons de leur refus éventuel au président ou à la présidente de leur jury. Ainsi donc, la Ministre continue à refuser que les questionnaires des années précédentes soient publiés et que les candidat-e-s qui ont échoué reçoivent une explication écrite motivant leur échec. De même les membres des différents jurys continueront à être coopté-e-s; il n'y aura donc pas d'appel aux candidatures. **La deuxième session de l'examen-**

concours organisée pour la première fois cette année a permis de recruter 28 personnes supplémentaires sur un nombre de 43 postes qui restaient à être occupés après la première session (sur un total possible de 145 postes). Conclusion: même si la situation s'est améliorée, la pénurie perdure.

La création d'un **pool d'enseignant-e-s auxiliaires** servirait à régler la situation précaire des chargé-e-s d'éducation, employé-e-s à durée déterminée. Une formation initiale minimale serait requise (p.ex. bac+2 ou bac+3) et ces personnes devraient suivre une formation de 120 heures qui reste à être définie. Elles ne seraient plus affectées à un établissement particulier, mais seraient employé-e-s là où il y a des besoins. Tout en approuvant que le MENFPS tende à régulariser ainsi la situation de personnes travaillant depuis des années dans les lycées et exige d'elles une formation, le SEW a protesté une fois de plus contre le fait que l'État crée par là une nouvelle carrière et a insisté qu'on arrête d'engager des chargé-e-s, qui devraient à leur tour être « régularisé-e-s » dans quelques années.

Une vraie **réforme des commissions nationales de programmes**, telle qu'elle avait été annoncée il y a quelques années n'est pas en vue. Néanmoins, la Ministre reconnaît la nécessité de leur conférer nettement plus de moyens : dès la rentrée, les CNP d'allemand, de français et de mathématiques (d'autres CNP suivront), disposeraient de

plus d'heures. Dans ce contexte, deux groupes, l'un pour l'ES et l'autre pour l'EST, auraient été constitués afin de réfléchir au programme fondamental à arrêter dans les branches principales pour le cycle inférieur. Le SEW a réitéré sa revendication d'une collaboration plus étroite entre les CNP du secondaire et du secondaire technique.

En ce qui concerne les **épreuves communes** en allemand, français et mathématiques qui ont eu lieu dans les classes de 9e, la Ministre a insisté que ce type d'épreuves, également prévues pour les classes de Ve dès l'année prochaine, ne serait pas une sorte d'examen, mais aurait pour seul but une autoévaluation de l'enseignant-e. Ces épreuves devraient lui permettre de mieux situer le niveau de sa classe. Dans ce sens, il n'y aurait pas de double correction, ni de comparaison entre les différents lycées au niveau national. En revanche, une moyenne nationale serait calculée, qui devrait permettre au titulaire de savoir où se situent les performances de sa classe. Le SEW a invité, une fois de plus la Ministre à veiller qu'en langues, cette épreuve n'insiste pas trop sur la grammaire, mais comporte pour la moitié des exercices d'expression libre, même si cela est plus difficile à évaluer. La Ministre s'y est engagée et a partagé le point de vue du SEW qu'un poids trop important de la grammaire serait contre-productif.

Point de Vue

Convention sur l'avenir de l'Europe

L'Europe sociale a besoin d'un renforcement et d'un approfondissement de l'Union européenne

Lors du sommet des chefs d'Etat de l'Union européenne réunis les 14 et 15 décembre 2001 à Bruxelles une déclaration sur l'avenir de l'Europe avait été adoptée qui fait un relevé de questions à débattre sur « les défis et les réformes dans une Union renouvelée ». Une convention sur l'avenir de l'Europe a été réunie sous la présidence de Valéry Giscard d'Estaing. Le Luxembourg est représenté dans cette convention par trois membres effectifs à savoir MM. Ben Fayot, Paul Helminger et Jacques Santer.

Cette convention est chargée d'établir pour le printemps 2003 un « document final qui pourra comprendre soit différentes options, en précisant le soutien qu'elles ont recueilli, soit des recommandations en cas de consensus. Avec le résultat des débats nationaux sur l'avenir de l'Union, le document final servira de point de départ pour les discussions de la Conférence intergouvernementale, qui prendra les décisions définitives. »

La question fondamentale à laquelle il s'agit de répondre c'est celle de savoir si nous voulons donner plus de compétences à l'Union européenne et renforcer les institutions de l'Union. Si la réponse à cette question est négative, l'élargissement de l'Union européenne aura pour conséquence un affaiblissement des institutions communautaires et un renforcement de la dimension purement économique et monétaire de l'Union au détriment des autres dimensions comme la politique sociale, la politique de l'emploi, la politique de l'environnement et de la santé etc.

La réponse donnée par la Confédération européenne des syndicats qui est aujourd'hui l'organisation unitaire et représentative du mouvement syndical européen va dans le sens

d'un approfondissement et d'un renforcement de l'Union et c'est cette thèse que le soussigné a défendue au nom des organisations syndicales luxembourgeoises membres de la CES lors du hearing public organisé le 9 juillet par les membres luxembourgeois de la Convention.

La réforme des traités devrait être utilisée pour réaffirmer, redéfinir et renforcer les objectifs de l'Union qui devraient comprendre les points suivants : La paix, la démocratie, les droits de l'humain, la protection et le respect de l'environnement naturel, la justice sociale, la cohésion sociale, le service public et le modèle social européen.

Le modèle social européen devrait être fondé sur l'équilibre entre le marché et la justice sociale.

L'économie ne peut être un but en soi, mais un outil au service des buts que l'Union européenne doit se donner démocratiquement et qui devraient à cet effet se retrouver ensemble avec la charte des droits fondamentaux dans les traités de l'Union qui prendraient de la sorte le caractère d'une constitution. Le modèle social européen repose par ailleurs sur le dialogue social, le respect du rôle régulateur autonome dans le cadre des dispositions légales européennes et nationales et sur la création d'un système de relations sociales transnationales, européennes entre les organisations patronales et syndicales représentatives au niveau européen.

La réforme des traités devrait également être utilisée pour renforcer les compétences communautaires dans le domaine de la politique économique et de la politique sociale. Dans une communication à la convention Emilio Gabaglio, le secrétaire général de la CES, a dit à ce sujet : « Il faut toutefois



Jean-Claude Reding
Secrétaire général

apporter quelques innovations. La première concerne la politique économique. Il est évident à nos yeux que si nous voulons effectivement mettre le marché intégré et la monnaie unique au service du développement durable et du plein emploi, il est indispensable de conférer à l'Union de plus grandes compétences en matière de coordination de la politique économique, de budget et de fiscalité. La situation actuelle nous empêche en effet d'exploiter pleinement les potentialités de développement dont nous disposons en agissant ensemble. La deuxième relève des compétences de l'union en matière de politique sociale et de l'emploi. Contrairement à certaines opinions, ces compétences doivent être non seulement maintenues, mais aussi renforcées et ce, tant en ce qui concerne la définition de normes minimales que sous d'autres formes, comme on a commencé à le faire par le biais des lignes directrices pour l'emploi et pour la lutte contre l'exclusion sociale. ... l'Union doit jouir des compétences nécessaires pour faire d'elle un sujet politique sur la scène internationale, à plus forte raison au moment où un gouvernement démocratique et la régulation sociale des processus de mondialisation sont indispensables.»

Les questions institutionnelles devraient être traitées en fonction des objectifs que l'on assigne à l'Union européenne. Le hearing à la Chambre des députés a montré qu'il existe une certaine crispation qui résulte de la crainte que le Luxembourg perdrait son identité et son influence au sein d'une Union élargie et plus forte. Parfois ce sentiment est porté par une crainte que le renforcement des compétences communautaires ne permettrait plus au Luxembourg de mener une politique économique autonome, parce qu'il n'y aurait plus de niches de souveraineté. A ce sujet, il s'agit d'être clair.

L'avenir du Luxembourg serait sombre s'il se réduisait au commerce frontalier de l'essence, de l'alcool et du tabac et à celui d'être un paradis fiscal pour les entreprises.

La concurrence fiscale est à terme dommageable pour tous les pays et risque de mettre à mal notre système de protection sociale et de services publics. Dans le domaine fiscal tout en réservant une autonomie à tous les pays une approche commune au niveau de l'Union est nécessaire. L'influence politique du Luxembourg ne peut être préservée, si notre pays donne l'impression de mener une politique parasitaire.

La discussion sur l'avenir de l'Europe démarre avec difficulté, celle du rôle et de la place du Luxembourg dans l'Europe future reste faible.

Le secrétariat européen commun de la CGT (OGB•L, FNCTTFEL, FLTL) et du LCGB organisera à partir de l'automne des consultations et des débats qui devront permettre d'approfondir la discussion au sein du mouvement syndical et de préparer une contribution syndicale spécifique.



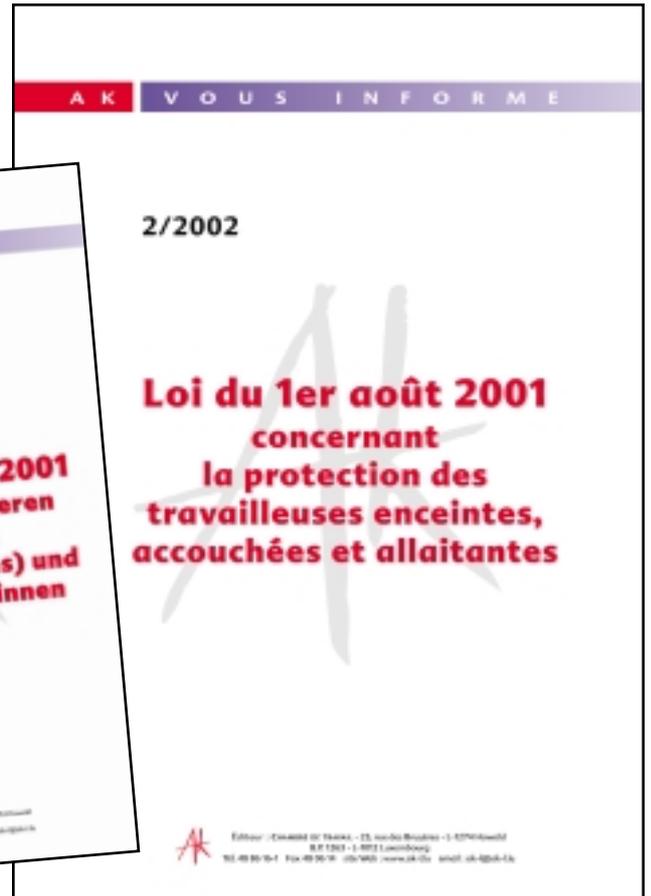
AK INFORMIERT 2/2002

In ihrem Bemühen, die Arbeitnehmer und ihre Vertreter noch besser zu informieren, hat die Arbeiterkammer sich in seiner letzten Herausgabe dazu entschlossen, unter dem Namen "AK informiert" das Gesetz vom 1. August 2001 über den Schutz von schwangeren Arbeitnehmerinnen, Wöchnerinnen (accouchées) und stillenden Arbeitnehmerinnen in einer vereinfachten Form vorzustellen.

Ziel dieser Veröffentlichung ist es, die Lesbarkeit des Gesetzes zu fördern und den Personaldelegationen und Gewerkschaften ein Instrument zu verleihen, das sie in der Ausführung Ihrer Funktionen nutzen können

Die Veröffentlichung enthält sowohl den deutschen als auch den französischen Text.

Sie ist erhältlich bei der Arbeiterkammer, 23, rue des Bruyères, L-1274 Howald
Telefonnummer 48 86 16-1,
e-mail: ak-l@ak-l.lu.



Millionenschwere Steuernachlässe für Spekulanten und Grossgrundbesitzer

Mit dem Ziel, das Angebot an Wohnungen und, vor allem, an Bauplätzen drastisch zu vergrößern und somit auch deren Preise ebenso drastisch zu senken, schlägt in einem diesbezüglichen Gesetzesprojekt die Regierung u.a. vor, für die Jahre 2002, 2003 und 2004 die Mehrwertbesteuerung stark zu reduzieren. Sollte das angestrebte Ziel nicht erreicht werden, würde ab 2005, je nach Maßnahme, die aktuelle Gesetzgebung wieder in Kraft treten und eine ganz ordentliche Baulandzurückhaltungssteuer eingeführt werden.

Dieses Vorhaben ist der von Premierminister Jean-Claude Juncker in seiner Erklärung zur Lage der Nation angekündigte Deal der Regierung mit dem großherzoglichen Volke! In ihrer am 12. Juli stattgefundenen Plenarversammlung reagiert die Arbeiterkammer aus zwei Gründen mit äußerstem Vorbehalt auf diese geplante Maßnahme:

- erstens hat sie Zweifel an der Stichhaltigkeit der Maßnahme und befürchtet,

dass die Baufirmen, die Grundstücksmakler und -händler die großen Nutznießer sein werden, sollte nun massiv Bauland auf den Markt kommen.

Angesichts der schon Jahre andauernden Baulandknappheit, müssten diese eigentlich die Gelegenheit beim Schopfe nehmen und jetzt Bauland horten, um es nach und nach mit großem Gewinn zu bebauen und zu verkaufen;

- zweitens ist die Arbeiterkammer der Meinung, dass die geplanten Maßnahmen die sozialen Ungleichheiten, absolut und relativ, noch verstärken und somit die soziale Ungerechtigkeit fördern. Die Nutznießer dieser Steuergeschenke sind nämlich überwiegend die oberen und mittleren sozialen Schichten, die schon von den Steuerreduzierungen von 1998, 2001 und 2002 mächtig profitiert haben. Dazu gesellen sich diesmal der Bauernstand und seine Nachkommenschaft. Die unteren, minderbemittel-

ten sozialen Schichten gehen wieder einmal leer aus. Die Arbeiterkammer ist deshalb der Meinung, dass die von ihr angeprangerten Steuernachlässe höchstwahrscheinlich zu neuen sozialen Forderungen und zu einer Erschwerung des Sozialdialogs führen könnten.

Für die Arbeiterkammer ist es nicht hinnehmbar, dass die Arbeit stärker besteuert wird als der Müßiggang und das damit verbundene Einkommen und den damit einhergehenden Reichtum.

Die AK anerkennt den Handlungsbedarf auf dem Wohnungsmarkt, betrachtet allerdings die vorgesehenen Steuernachlässe als überflüssig. Ihrer Meinung nach hätte die resolute Ankündigung einer abschreckenden, drastischen Besteuerung ab 2005 wohl dasselbe Resultat gebracht, ohne dass die Spekulanten auch noch aus ihrem unsozialen Verhalten großen Nutzen gezogen hätten.

Assemblée générale de l'EMCEF à Budapest



Les 13 et 14 juin 2002, la Fédération européenne des syndicats des mines, de la chimie et de l'énergie s'est réunie à Budapest pour son 5e assemblée générale.

Composition de l'EMCEF

L'EMCEF, qui est membre de la CES, regroupe aujourd'hui 3 millions de membres dans 32 pays et compte 119 syndicats. Elle se compose de 4 comités. Parmi ces comités figurent le comité des femmes, de l'environnement, de la négociation collective et de la sécurité et santé au travail.

L'industrie chimique en Europe

Comme toute organisation européenne l'EMCEF a dû faire face à des changements majeurs.

En regardant de prêt, on constate que les secteurs industriels, dans lesquels la Fédération européenne des syndicats des mines, de la chimie et de l'énergie compte des membres ont été particulièrement touchés par ces changements. Au cours des dernières années, l'EMCEF a déjà été obligée de se pencher sur toute une série de questions réglementaires européennes ayant un impact durable sur les secteurs qu'elle couvre. Il s'agit entre autres de la déréglementation du secteur de l'électricité et du gaz, des livres verts sur la sécurité de l'approvisionnement énergétique et le PVC, ou le livre blanc sur la politique chimique ainsi que de l'expiration du Traité de la CECA.

Politique industrielle

Ce seront surtout les questions de politique industrielle qui vont plus notamment occuper la Fédération dans les prochains temps. On a estimé pendant longtemps que, pour ce qui concerne l'avenir économique et social de l'Europe, des pans entiers de l'économie européenne étaient obsolètes et qu'il fallait dès lors mettre l'accent sur le secteur des services et la nouvelle économie, tout en renforçant le poids réglementaire sur les secteurs classiques, que l'on jugeait incapable de se moderniser et d'assumer un rôle important face à la concurrence mondiale. A cet égard, les questions et thèmes les plus importants pour les secteurs couverts par l'EMCEF sont suffisamment connus.

Le dialogue social

C'est plus particulièrement depuis son dernier congrès en 2000 que l'EMCEF a donné un caractère prioritaire à la mise en place du dialogue social à l'échelon sectoriel. Entre temps, d'autres initiatives ont été lancées. Elles ont abouti à des résultats pratiques.

Dans le secteur de la chimie, les fédérations patronales nationales ont mis en place en janvier 2002 l'ECEG, le groupe européen des employeurs du secteur de la chimie. Il sera chargé de mener le dialogue social à l'échelon sectoriel. L'ECEG fait partie du CEFIC, le

centre européen des fédérations de l'industrie chimique. Avant la création de l'ECEG, les fédérations patronales nationales et des organisations membres de l'EMCEF ont organisé ensemble des conférences et des projets, qui ont permis de préparer le terrain pour la mise en place de l'ECEG. Ces conférences et projets vont aussi rester des instruments très importants pour l'instauration d'un dialogue sectoriel. Des premières rencontres entre l'ECEG et l'EMCEF ont d'ores et déjà eu lieu. La prochaine rencontre plus importante aura lieu en décembre 2002.

Afin que le dialogue social puisse être mis en place à l'échelon sectoriel, il importe que les interlocuteurs, à savoir les fédérations patronales et syndicales, exposent clairement au préalable leurs intentions et objectifs. Par le biais de la position adoptée l'année dernière, la quatrième Assemblée générale de l'EMCEF a précisé les thèmes qui tiennent à cœur aux organisations syndicales. D'autres précisions seront toutefois nécessaires pour la poursuite du débat et la mise en place d'un dialogue social sur la base d'un accord, reconnu par la Commission européenne et pouvant aussi exploiter les possibilités offertes par les traités européens.

Les Comités européens d'entreprise (CEE)

L'assemblée générale de l'EMCEF s'est penchée plus spécialement sur un autre thème qui est la révision de la directive sur les CEE. Si les revendications de la CES sont acceptées, le seuil nécessaire pour la création d'un CEE sera abaissé à 500 salariés. De ce fait, un nombre beaucoup plus important d'entreprises seraient couvertes par la directive.

Nous traversons une période marquée par de nombreuses fusions, joint ventures et acquisitions. Ce phénomène ne fait que compliquer les tâches des CEE. Déjà aujourd'hui dans les secteurs couverts par l'EMCEF, quelque 190 accords de mise en place d'un comité d'entreprise européen ont été signés. A l'heure actuelle, environ 125 entreprises des secteurs de l'EMCEF couvertes par la directive n'ont toujours pas signé d'accord. Sur le plan européen et dans tous les secteurs confondus, il existe environ 700 accords sur un nombre total potentiel de 1800. Les accords sont répartis entre les secteurs suivants

Secteur	Nombre d'accords signés
Chimie/Pharmacie	103
Energie	11
Verre/Céramique/Ciment	25
Pâte & Papier	28
Caoutchouc/Matières plastique	21
Multi-sectoriel	3

Il ne sera pas évident de gérer tous ces comités européens d'entreprise et de plus en plus d'efforts nationaux vont être nécessaire pour y parvenir.

Nico Clement

Trefil ARBED Bettembourg Renouvellement des conventions collectives des ouvriers et employés

En date du 2 juillet 2002, l'OGB♦L et le LCGB, ont signé les conventions collectives de travail pour le personnel ouvrier et employé de l'entreprise de Trefil ARBED Bettembourg. Les négociations difficiles ont permis d'aboutir, avec le soutien du personnel, à un nouvel accord dont les points principaux sont les suivants :

Ouvriers

La convention est d'une durée de 2 ans et court du 1.1.2002 au 31.12.2003. Elle prévoit notamment:

- ♦ Une augmentation des salaires mensuels de base (Indice courant)
à partir du 1.1.2002 : 14 e
à partir du 1.1.2003 : 20 e
- ♦ Augmentations sélectives de certaines catégories de personnel de 1,9584 à 2,2741 e (Indice 100) du salaire horaire brut.
- ♦ Pour les années 2002 et 2003, le paiement d'une prime spéciale minimum de 280 e indice courant.
- ♦ Augmentations des primes de productivité dans certains secteurs de 0,23 respectivement 0,34 e (Indice courant)
- ♦ 2 jours de congé supplémentaires pour les ouvriers âgés de 50 ans ou ayant 25 ans d'ancienneté révolus, au 1 janvier de l'année sous revue.

Employés

La convention est d'une durée de 1 an et court du 1.1.2002 au 31.12.2002. Elle prévoit notamment:

- ♦ Augmentation des traitements de base : augmentation des barèmes au 1.1.2002 de 1 %
- ♦ Prime de productivité : pour l'année 2002, le plafond maximum de la prime de productivité est relevé à 35,40 (Indice 100).

Trefil ARBED Bissen Renouvellement des conventions collectives de travail des ouvriers

En date du 5 juillet 2002, l'OGB♦L majoritaire et le LCGB ont signé les conventions collectives de travail pour le personnel ouvrier de l'entreprise de Trefil ARBED Bissen.

Par rapport à la dernière proposition du côté de la direction, les syndicats contractants ont décidé de demander à leurs membres par le biais d'un bulletin de vote de l'accepter ou de saisir l'Office National

de Conciliation en cas d'un refus d'au moins de 75 %.

Avec une légère majorité de 53 % les syndicats ont accepté le nouvel accord dont les points principaux sont les suivants :

- ♦ une augmentation des salaires mensuels et des barèmes (Indice 100) :
avec effet rétroactif au 1.1.2002 : 5,00 e
à partir du 1.1.2003 : 5,00 e
à partir du 1.1.2004 : 4,04 e
- ♦ l'augmentation de la valeur multiplicatrice de la prime pour absence d'accidents de 21,5 à 22,0 %
- ♦ une nouvelle réglementation de la modalité du report congé

La convention est d'une durée de 3 ans et s'applique du 1.1.2002 au 31.12.2004.

*Syndicat Transformations
sur Métaux et Garages*

COGEL S.A.

Reprise du dialogue social

Tout récemment a eu lieu une entrevue entre la direction et l'OGB♦L, lors de laquelle nous avons été informés qu'au mois de mai 2002, la COGEL FOOD SERVICE a été reprise rétroactivement au 1er janvier 2002 par G.D.A. (Grande Distribution Alimentaire) ayant son siège social à Limoges et dont dépendent 5 dépôts essentiellement localisés dans le sud-ouest de la France.

Cette entreprise familiale a pour objectif de se positionner au plus haut niveau à Luxembourg.

Par le passé, nous avons malheureusement dû constater une dégradation des conditions de travail et un climat social assez tendu dans l'entreprise résultant d'un management douteux de la direction antérieure. Suite à notre réunion avec le nouveau directeur général et son adjoint en date du 21 juin, nous avons pu constater que la nouvelle direction est prête à dialoguer avec son personnel et notre syndicat.

Cette nouvelle attitude va certainement contribuer à une meilleure image de marque, tout comme elle pourra motiver le personnel en améliorant les conditions de travail des salariés.

Nous félicitons la nouvelle direction pour la voie empruntée et comptons sur une bonne collaboration au

profit de tous les salariés concernés dans le futur.

Syndicat Alimentation et Hôtellerie

Kollektivvertrag MONOPOL Nichts dazu gelernt, Herr Patrick Zanier ?

Noch immer hat es Herr Zanier vom LCGB nicht verdaut, dass all seine böswilligen Beichtigungen (01/02 OGB♦L - Quo Vadis "Soziale Fortschritt") an die Adresse des OGB♦L ("Schandvertrag", "Außer Spesen nichts gewesen", "Einführung einer jährlichen Referenzperiode still und heimlich geschluckt", "skandalöser Kollektivvertrag", "Seine Mitglieder für 30 Silberlinge verraten", "geringfügige Lohnerhöhung"), sich als populistische Unwahrheiten sprich Lügen entpuppt haben.

Im neuen Kollektivvertrag

1. hat der OGB♦L keine jährliche Referenzperiode still und heimlich geschluckt ;
2. wird die Lohnerhöhung nicht durch die automatische Anpassung des Mindestlohnes eingeholt werden ;
3. werden die Mitarbeiter keinen Dienst nach Abruf tätigen müssen.

Fakt ist, dass unter der Federführung des OGB♦L sämtliche Lohngruppen - im Fall einer Erhöhung des Mindestlohns - automatisch nach oben angepaßt werden.

Fakt ist ebenfalls, dass die wöchentliche Arbeitszeit bei MONOPOL S.A. auf 39 Stunden verkürzt wurde (und nicht auf 39,5 St./Woche, wie Herr Zanier in seinem im LCGB-Blatt veröffentlichten Artikel "OGB♦L - Quo Vadis II" behauptet). Würde Herr Zanier mehr Zeit darauf verwenden, sich für die Interessen der MONOPOL-Beschäftigten einzusetzen, statt sich in wiederholte Hetztiraden gegen den OGB♦L zu verrennen, müßte er eigentlich wissen, was in dem

neuen Kollektivvertrag ausgehandelt worden ist und was nicht !

André Sowa
Sekretär des Syndikats Handel

Ponts & Chaussées

Wenn draußen die Temperaturen steigen...

Was in anderen Verwaltungen und Gemeinden selbstverständlich erscheint und unbestritten ist, bleibt bei der Strassenbauverwaltung auch weiterhin ein Gesprächsthema und wird wohl auch keiner positiven Lösung zu zuführen sein. Die Rede ist von der allgemeinen Anwendung der Sommerarbeitszeit, die im Kollektivvertrag der Staatsarbeiter vorgesehen, seit jeher jedoch ein Problemfall bei der Strassenbauverwaltung ist.

Als es im Monat Juni dieses Jahres außergewöhnlich hohe Temperaturen gab, intervenierte das OGB♦L-Syndikat Öffentlicher Dienst zum wiederholten Male bei der Direktion der angesprochenen Verwaltung mit der Bitte die sture Haltung betreffend die Arbeitszeit zwischen 6.00 und 14.00 Uhr aufzugeben.

In seinem Schreiben vom 1. Juli 2002 teilt Herr Nico Marmann, Direktor der Strassenbauverwaltung nochmals mit, dass seine Direktion auch weiterhin gegen eine generelle Anwendung der Sommerarbeitszeit bleibt und dies, laut seiner Auffassung, aus folgenden Ursachen :

- « ♦ les cantonniers et ouvriers ne se sont pas prononcés unanimement en faveur de l'horaire changé,
- ♦ les bureaux et les services des ateliers ne travaillent pas selon l'horaire d'été,
- ♦ les surveillants de chantiers et les agents chargés de la signalisation des chantiers sont exclus de l'horaire spécial,
- ♦ la coupure de la tâche de huit heures consécutives d'un quart d'heure a semblé insuffisante à beaucoup

d'agents. Certains ont réclamé une pause d'une heure, réclamation appuyée dans certains cas par certificat médical,

- ♦ quelques brigades ont profité de l'horaire modifié pour réduire la tâche journalière de huit heures en reculant l'heure du commencement du travail jusqu'à une heure entière,
- ♦ les brigades et équipes travaillant entre 6 et 14 heures ne sauront éviter les heures de pointe du trafic se situant de 8, 12 et 14 heures,
- ♦ une concentration élevée et nuisible d'ozone dans l'atmosphère en période estivale n'est présente dans nos régions que pendant les rares jours de grande chaleur. Si la Division de la Santé au Travail devait arriver à la conclusion que des travaux spécifiques comme tels sont de nature à nuire substantiellement à la santé des travailleurs pendant des jours et heures définis, ces autorités devraient en dégager une défense générale, applicable à tous les travailleurs, d'exécuter ces travaux pendant les périodes déterminées. »

Auch wenn wir einen Teil der oben zitierten Argumente der Direktion verstehen und teilen, so sind doch andere angeführte Argumente, teilweise mit den Haaren herbeigezogen. Was die Diskussion um die tägliche Ruhepause anbelangt, so ist dies Verhandlungssache zwischen Direktion und Ausschuss; was das Nichteinhalten von Arbeitszeiten anbelangt, so spricht dieses Argument nicht unbedingt für die Verwaltung, sollte diese es tatsächlich nicht fertig bringen, dass die betroffenen Arbeiter zur vorgegebenen Zeit an der Arbeitsstelle eintreffen. Des Weiteren sind es nicht nur hohe Ozonwerte, welche der Gesundheit schaden können, sondern auch erhöhte Temperaturen während den Sommermonaten.

Und noch etwas, liebe Direktion der Strassenbauverwaltung, die Verantwortung um die Arbeitszeit während den Sommermonaten einfach auf die « Division de la Santé au Travail » abzuwälzen und sich so aus der Verantwortung stehlen, ist doch etwas einfach! Wir werden auf jeden Fall auch weiterhin versuchen, die Diskussion um die Sommerarbeitszeit auch auf der Ebene des

zuständigen Ministeriums zu thematisieren um gegebenenfalls unser Ziel auf diese Weise zu erreichen.

Beförderungen auf die lange Bank geschoben...

Als Beispiel hierfür sei auch die Strassenbauverwaltung angeführt, jedoch steht diese hier stellvertretend für einen Großteil staatlicher Verwaltungen. Oftmals werden Beförderungen, welche auf Vorschlag des hierarchischen Vorgesetzten geschehen, auf die lange Bank geschoben.

In unserem Fall der Markierungsmannschaft, warten die betroffenen Staatsarbeiter seit fast 2 Jahren auf die ihnen versprochenen Beförderungen. Nachdem der Betriebsausschuss seit Monaten auf eine Lösung drängt, bedurfte es jetzt des Einsatzes des OGB♦L-Syndikates Öffentlicher Dienst, um Bewegung in dieses Dossier zu bringen. Am 1. Juli 2002 informierte der Direktor der Strassenbauverwaltung, Herr Nico Marmann, den Zentralsekretär des OGB♦L für den öffentlichen Dienst, Tom Jungen, dass er bis dato noch keinen Beförderungsvorschlag erhalten habe, dass er jedoch selbstverständlich, im Fall eines Anrechts, diese Vorschläge positiv begutachten werde. Ebenso versprach Herr Marmann, dass er den zuständigen Dienstchef auffordere, diese Vorschläge schnellstmöglich an ihn weiter zu reichen.

Zwischenzeitlich fand auch bereits eine Unterredung zwischen Vertretern der Direktion, dem Ausschuss und dem betroffenen Personal statt zwecks schnellstmöglicher Einigung und Lösung des Problems.

Da dieser Fall jedoch wie erwähnt, kein Einzelfall beim Staat und den größeren Gemeinden ist, griff der OGB♦L eine Forderung bei den laufenden Kollektivvertragsverhandlungen auf, die darin besteht, dass in den neuen Kollektivvertrag eine Bestimmung eingeschrieben wird, die den Zeitraum, in dem anstehende Beförderungen an den Verwaltungschef gemacht werden müssen genau definiert, ebenso wie die Zeit, während der, der betroffene Arbeiter eine Antwort erhalten muss.

Nur zu hoffen, dass das Ministerium der öffentlichen Funktion bereit sein wird, diesen Weg mit zu beschreiten !

Und es wird weiterhin munter "privatisiert"

Während seit Monaten im Rahmen des Staatsarbeiterkollektivvertrags eine paritä-

tisch zusammengesetzte Untersuchungskommission bestehend aus Gewerkschafts- und Personalvertretern, sowie Vertretern des Ministeriums der öffentlichen Funktion versucht eine Analyse zu machen, in welchen staatlichen Verwaltungen es bisher zu Privatisierungen und Auslagerungen kam und wie man diesem Phänomen entgegen steuern kann, und nachdem die Vertreter des Ministeriums der öffentlichen Funktion sich prinzipiell gegen Privatisierungen und Auslagerungen ausgesprochen haben und sogar mehrmals unterstrichen haben, dass es keine politischen Entscheidungen in diesem Ministerium für solche Maßnahmen gegeben habe oder in naher Zukunft geben werde, sieht die Realität leider ganz anders aus.

Neben der Tatsache, dass in anderen Ministerien ganze Dienststellen ausgelagert wurden und werden respektive privatisiert wurden, so z.B. die Kontrollstationen, Teile des « registre du commerce », neuerdings die Geometerdienststelle des staatlichen Katasteramtes, sind andere Verwaltungen, die gerne neues Personal einstellen würden, mit der Situation konfrontiert, dass die « commission d'économisation et de rationalisation », welche dem Staatsministerium untersteht, sich in einzelnen Verwaltungen gegen Neueinstellungen ausspricht und eher die Idee verfolgt, Arbeiten an externe Anbieter, also Privatunternehmen, weiter zu reichen.

Wir können und werden dies als Gewerkschaften nicht akzeptieren und im Rahmen der oben bereits erwähnten Untersuchungskommission den nötigen Druck machen, um endlich solchen Privatisierungs- und Auslagerungsversuchen den Garaus zu machen. Hierbei ist der nötige politische Wille gefordert, Absichtserklärungen Seitens des Ministeriums der öffentlichen Funktion reichen nicht aus, vielmehr ist hier die gesamte Regierung gefordert!!

Das Gleiche gilt auch für den Gemeinde-sektor !

Manchmal scheint es, als würde der neue Volkssport einzelner Lokalpolitiker egal welcher politischen Couleur, darin bestehen, dem Personal bei berechtigten Forderungen damit zu drohen, dass im Falle solcher Forderungen, man leider nicht umher komme, zu privatisieren. In den vergangenen Wochen konnte ich glücklicherweise in einer Reihe von Gemeinden positive Beispiele erfahren, in anderen Gemeinden sah die Realität jedoch ganz

anders aus. Besonders betroffen hiervon sind die Reinigungsdienste, jedoch auch Friedhofs- und Gärtnereiarbeiten oder Elektrizitäts- und Wasserdienstarbeiten. Dabei kann ich an Hand mehrerer Beispiele belegen, dass die Preise der Privatanbieter oftmals teurer oder zumindest in der gleichen Preislage liegen, als wenn man auf eigenes Personal zurückgreift.

Auch die Lokalpolitiker, egal ob CSV, DP, LSAP, Déi Gréng, oder Déi Lénk, welche in der Verantwortung in den Schöffengeräten stehen, seien also gewarnt. Personaleinstellungen sind nicht unbedingt die populärsten und aufregendsten Maßnahmen fürs Wahlvolk, jedoch werden wir es nicht weiter hinnehmen, dass der öffentliche Dienst weiter abgebaut, privatisiert und an Privatanbieter ausgelagert wird.

Spätestens dann, wenn der viel beschworene schlanke Staat einmal zur Realität gehören würde, würde der Wähler erfahren, was es heißt für wichtige Dienstleistungen an ein Privatunternehmen heranzutreten und zu bezahlen müssen. Selbstverständlich müssen auch die Privatunternehmen überleben. Alles können und dürfen der Staat und die Gemeinden auch nicht übernehmen; jedoch darf auch keinesfalls auf Kosten der Staats- und Gemeindebediensteten willkürlich privatisiert und ausgelagert werden.

Tom Jungen

Zentralsekretär für den öffentlichen Dienst

Picknick bei DUPONT De NEMOURS

Am 13. Juli lud DUPONT DE NEMOURS die Werksbelegschaft zum Picknick ein. Dabei gab es etwas zu feiern. Immerhin besteht die luxemburgische Zweigstelle seit 40 Jahren und der Konzern kann gar auf 200 Jahre Firmengeschichte zurückblicken. Und das ist kein Blick zurück im Zorn wie es so schön heißt. Nein ganz im Gegenteil. Beneidenswert die Gewinne, die während diesen 200 Jahren akkumuliert werden konnten.

Dabei gab es in der Geschichte der luxemburgischen Zweigstelle ebenfalls Höhen und Tiefen. Leider vor allem für die Belegschaft. Man erinnert sich an die Proteste anlässlich der letzten Kollektivvertragsverhandlungen als die Arbeitnehmervertreter "Peanuts" an die Direktionsvertreter

verteilt. Die nahmen das damals gelassen hin, wußten sie doch, dass die Arbeitnehmervertreter eigentlich Recht hatten und sich die ganze Aktion mit größter Wahrscheinlichkeit auf ein bisschen Gewerkschaftsfolklore beschränken würde. Was ja auch der Fall war, denn so toll war der damalige Kollektivvertrag nun doch nicht und die Gewinne konnten weiterhin fließen. Und sie flossen.

Dann wurde der Betrieb geteilt und DUPONTTEIJIN gegründet. Und plötzlich arbeitete die Hälfte der Belegschaft nicht mehr bei DUPONT. So richtig klar wurde dies den betroffenen Mitarbeitern erst als sie plötzlich nicht mehr in den Genuss von Leistungen kamen die ihnen als DUPONTTER noch zugestanden hätten. Aber auch das war kein Problem. Ein Protest wurde organisiert und die Presse gerufen. Und sie kam. Ein Foto wurde geschossen und eine Petitionsliste an den Werksdirektor überreicht. Der nahm das gelassen. Wußte er doch, dass der Betriebsrat eigentlich Recht hatte und auch diese Aktion, wie seit einigen Jahren immer wieder, einfach im Sand verlaufen würde. Was auch prompt geschah und die Gewinne konnten weiter fließen. Und sie flossen.

So kann es doch nicht weitergehen. Im Laufe der letzten Jahre hat sich das Arbeitsklima bei DUPONT immer weiter verschlechtert. Stress und Druck wachsen kontinuierlich. Druck wird besonders auf die schwächeren Belegschaftsmitglieder ausgeübt, jene die gesundheitliche Probleme hatten oder einfach nur Pech. So kann es doch nicht weitergehen.

Das Abkommen in Sachen soziale Vertretung der Mitarbeiter, das von OGB♦L, LCGB und der Direktion anlässlich der Trennung von Dupont und DTF, unterschrieben wurde, läuft am 01.12.02 aus. Ab diesem Datum kann jede der Vertragsparteien Neuwahlen beim Arbeitsminister beantragen.

Die neue

Delegation wäre dann für 6 Jahre im Amt, da diese Wahlen weniger als ein Jahr vor dem offiziellen Termin (11.2003) stattgefunden hätten.

Man sollte sich ernsthaft überlegen ob es nicht sinnvoll wäre, Neuwahlen zu beantragen, um endlich bei DUPONT und bei DTF eine Majorität zu bekommen, die sich wieder konsequent für die Interessen aller Mitarbeiter einsetzt und nicht nur auf Showeffekte setzt. Der OGB♦L steht hierfür bereit.

Kollektivvertrag bei Technofibres abgeschlossen

Neuverhandlungen der Kollektivverträge bei Technofibres in Mertert waren nie einfach. Auch diesmal nicht. So nahe an einem Streik, wie dieses Mal aber, war die Belegschaft des Betriebes noch nie. In quasi letzter Minute akzeptierte die Betriebsleitung den Kompromissvorschlag der Vertragsgewerkschaften. Dieser sieht unter anderem vor:

- ♦ Eine Vertragsdauer von 1 Jahr 01.01.2002.-31.12.2002
- ♦ Allgemeine Lohn- und Gehaltserhöhung von 1,6 % rückwirkend auf den 1. Januar 2002.
- ♦ Die Festschreibung einer 30 minütigen bezahlten Pause im Kollektivvertrag.
- ♦ Eine detaillierte Urlaubsregelung
- ♦ Eine Revision der Lohn- und Gehaltsstrukturen.
- ♦ Die Festschreibung der Arbeitszeiten im Kollektivvertrag.

Ein schöner gewerkschaftlicher Erfolg, der wie immer, und wir werden nicht müde es zu wiederholen, der geschlossenen und solidarischen Haltung der Belegschaft zusammen mit ihrem Betriebsrat sowie dem hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad im Betrieb zu verdanken ist.

Nico Clement, Syndikat Chemie

LUXFUEL S.A. Das Spiel mit dem Feuer...

Da die seit Sommer 2000 andauernden Kollektivvertragsverhandlungen am Verhandlungstisch aufgrund der sturen Haltung der Direktion scheiterten, fand am 16. Juli eine Sitzung vor dem Nationalen Schlichtungsamt in Sachen Kollektivvertrag der Beschäftigten der LUXFUEL S.A. statt.

Den berechtigten Forderungen der Mitarbeiter - Gehaltserhöhungen und zusätzliche Urlaubstage - steht die Einführung einer 3- oder 6-monatigen Referenzperiode gegenüber, mit der die Direktion versuchen will, eine einseitige Flexibilisierung einzuführen und die Mitarbeiter quasi "auf Abruf" über die normale Arbeitszeit hinaus zu verpflichten.

Dabei müssen die Mitarbeiter dieser Firma mit Sitz auf dem Flughafen Findel, deren Hauptaktivität im Betanken aller Fluggeräte (Privat- Cargo- Passagierflugzeuge) besteht, bereits heute unzählige Überstunden leisten, da das ständig steigende Arbeitsvolumen mit dem augenblicklichen Personalbestand kaum zu bewältigen ist. In diesen Zusammenhang schreibt sich der erneute Versuch der Direktion ein, anfallende Überstunden nicht zu zahlen sondern via Referenzperiode über einen Freizeitausgleich (ohne die gesetzlichen Zuschläge) zu kompensieren.

Aufgrund dieser Sachlage wurden beide Parteien - Direktion und Gewerkschaften - vom Schlichter aufgefordert an den Verhandlungstisch zurückzukehren und bis zum 26. Juli, der Sitzung der "letzten Chance", ihre Positionen anzunähern und ein gangbares Resultat auszuhandeln.

Sollte es hier nicht zu einem Abschluss kommen, sollte also eine "non-conciliation" ausgesprochen werden, so wäre der Weg zu gewerkschaftlichen Aktionen, sprich einem Streik frei. Eine solche Arbeitsniederlegung würde den gesamten Flugverkehr in Luxemburg lahmlegen. Was dies für den Flughafen Luxemburg, insbesondere in der touristischen Hochsaison bedeutet, kann man sich leicht ausmalen. Auch die Ausfälle die unserer nationalen Cargogesellschaft oder anderen Privat Anbietern auf Findel entstehen würden, wären enorm.

Es wäre zu begrüßen, dass sich die Direktion der LUXFUEL ihrer Verantwortung gegenüber ihrer Belegschaft bewusst wird und keine gewerkschaftlichen Aktionen mit nationalen sowie internationalen Konsequenzen provoziert.



7 juin 2002 :
visite d'une délégation de l'OGB♦L à Cora Foetz

PELO DIREITO À REFORMA DOS EX-MILITARES

**Reunião de informação e esclarecimento
Domingo, dia 29 de Setembro
ESCH/ALZETTE**

Queremos a contagem de todo o tempo de serviço militar e não apenas aquele que foi feito em **algumas ex-colónias** e só para aqueles que já eram subscritores da segurança social. Não nos vamos calar, **NÃO DESISTIMOS** e vamos continuar a insistir e a pressionar.

Vamos fazer uma reunião de informação para esclarecer todos os interessados sobre as iniciativas que tomámos, os encontros que tivemos, o que nos foi dito e o que é que nós achamos que deve ser feito.

**no Domingo, dia 29 de Setembro, pelas 10 Horas
na Sala de Festas
do Restaurante Bairrada (Maison du Peuple)
62, Bld Kennedy
em Esch/ALZETTE
(em frente à estação dos CFL e ao lado da OGB•L)**

Pedimos a todos os ex-militares para participarem nesta reunião.

Contamos convosco!

PS.: Serão convidados a participar nesta reunião todos os grupos parlamentares, os membros do governo responsáveis por esta matéria, o Senhor Embaixador de Portugal, o Senhor Cônsul-Geral e a Senhora Conselheira Social

MILITARES E EX-MILITARES Contra a discriminação a nossa luta deve continuar

O nosso movimento é representante dos todos os **ex-militares residentes no Luxemburgo** e não apenas dos **ex-combatentes da guerra colonial**. Esta diferença é extremamente importante já que muitos ex-militares não foram combatentes da guerra colonial.

Nós defendemos todos os ex-militares, quer tenham estado ou não nas ex-colónias, quer tenham estado ou não em zonas de combate ou de risco, quer os que fizeram o serviço militar unicamente em Portugal e, também, os actuais jovens militares cujo tempo de serviço não está a ser contado para efeitos de segurança social.

Foi com o objectivo de fazer com que todos os militares e ex-militares sejam tratados com igualdade e sem discriminações que, **mais uma vez, na Sexta-feira, dia 12 de Julho, uma delegação composta por representantes do Luxemburgo e da França esteve na Assembleia da República para entregar ao Senhor Presidente, Dr. Mota Amaral, uma petição com mais de 10 mil assinaturas recolhidas na emigração.**

Nesta petição reclama-se a contagem do tempo de serviço militar para efeitos de segurança social em todas as circunstâncias.

Nós queremos a contagem de todo o tempo de serviço militar e não apenas aquele que foi feito em **algumas ex-colónias** e só para aqueles que já eram subscritores da segurança social.

Durante a campanha eleitoral, o PSD prometeu rever esta situação. Agora está no governo e deve cumprir aquilo que prometeu. **Defendemos os interesses de todos.** Se todos cumpriram o serviço militar, todos devem beneficiar da contagem desse tempo para efeitos de reforma.

Não nos vamos calar, **NÃO DESISTIMOS** e vamos continuar a insistir e a pressionar. Em Setembro, vamos fazer uma grande reunião de informação para esclarecer todos os interessados sobre as iniciativas que tomámos, os encontros que tivémos, o que nos foi dito e o que é que nós achamos que deve ser feito.

Essa reunião irá ter lugar no **Domingo, dia 29 de Setembro, às 10 horas, no salão de festas da Maison du Peuple (restaurante Bairrada, em Esch/Alzette).**

Vamos convidar para essa reunião, os membros do Governo, os deputados da Emigração, o Consulado, a Embaixada.

E preciso que todos saibam o que se faz e não se faz. Quem vos defende e vos apoia.

Venham todos à Reunião! Tragam os vossos amigos!

Domingo, dia 29 de Setembro, às 10 horas, em Esch/Alzette!

Eduardo Dias



Radio Norte

RADIO INTERCULTURAL

103.9 FM

às Quartas-feiras
entre as 19H15 e as 20H00

"ASSIM É QUE NÓS NOS ENTENDEMOS "

António Ferreira em conversa com **EDUARDO DIAS**

Para informar e esclarecer os ouvintes
sobre as leis sociais e do trabalho

Se está de férias, boas férias !

Próximas emissões: 11 e 25 de Setembro

Se quer participar, telefone (80 45 15 ou 80 45 16)
ou escreva-nos!

"O Mundo do Trabalho"

TODOS OS SABADOS

entre as 9h30 e as 10h00

na **RADIO LATINA**

101.2 e 103.1 FM

Um programa da OGB•L
para todos os trabalhadores
com o melhor da Música

Para estar bem informado sobre as realidades económicas
e sociais do Luxemburgo e da Europa

**OUÇA AS NOSSAS EMISSÕES
FAÇA AS SUAS SUGESTÕES OU CRITICAS
LIGUE PARA O TELEFONE 1363**

OGB♦L-ACAL



Journée Nationale des Chauffeurs 2002

28 et 29 septembre 2002
Centre « Atert » à Bertrange

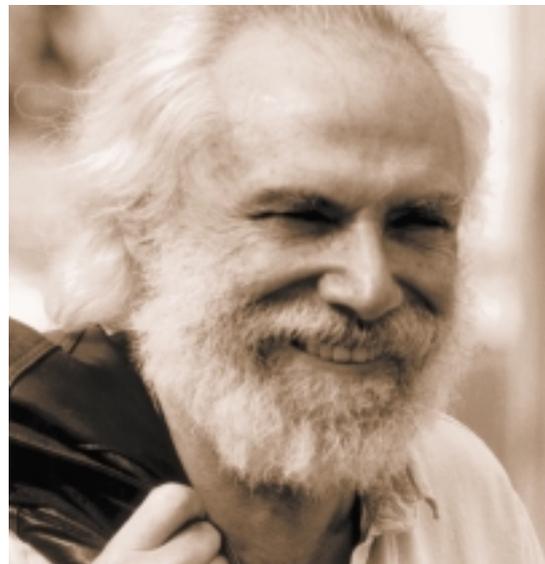
Samedi, 28 septembre 2002

18h00 : Ouverture officielle

20h15 : **Le retour du métèque :**
Concert du célèbre chansonnier
Georges Moustaki

Fils de parents judéo-grècs, Georges Moustaki est né en Egypte et passe rarement plus d'un mois sans changer de pays. Dans ses chansons, il raconte ses rencontres en Méditerranée, en Amérique Latine, au Japon, en Palestine... Georges Moustaki parcourt la planète pour retrouver ses amis, faire de nouvelles rencontres et chanter sa révolution permanente dans cinq langues différentes. Ses plus célèbres chansons sont : « Le Métèque », « Ma Liberté », « La Marche de Sacco et Vanzetti ».

Une soirée inoubliable et à ne pas rater.



Un service « Park & Ride » fonctionnera à partir de 19h00 du parking de l'OGB♦L-ACAL, 38, route de Longwy, Helfenterbrück/Bertrange vers le Centre « Atert » à Bertrange.

Plus d'infos au téléphone : (+352) 26 02 14-1
au secrétariat de l'ACAL.

Dimanche, 29 septembre 2002

10h00 : Début / ouverture des portes

11h30 : **Concert-apéritif de l'Union Fanfare Bertrange**

14h30 : **Concert du Big Music Band 2001 de l'OGB♦L (part 1)**

15h30 : Animations pour enfants

16h30 : **Concert du Big Music Band 2001 de l'OGB♦L (part 2)**

Pendant toute la journée : stands d'information, grillades, boissons, tombola, maquillage pour enfants ...

Le dimanche à 12h30, des menus chauds seront servis. Les intéressés ont la possibilité de choisir entre 2 menus différents. Inscription obligatoire.



Kollektivvertrag für LKW-Fahrer Nationales Schlichtungsamt befasst



Die Gewerkschaften OGB♦L-ACAL, LCGB, FNCTTFEL und FCPT kamen am 5. Juli 2002 zusammen, um die künftige Marschroute betreffend die Kollektivvertragsverhandlungen im gewerblichen Straßengüterverkehr festzulegen. Die Verhandlungen, die seit mehr als 3 Jahren andauern, und von den Arbeitgebern ständig hinausgezögert werden, stecken in einer Sackgasse. Die vertragsschließenden Gewerkschaften haben beschlossen, das Nationale Schlichtungsamt mit dem Streitfall zu befasen.

Der Forderungskatalog der Kraftfahrer sieht folgendermaßen aus:

- ♦ Erhöhung der täglichen Reisespesen um 6,42 auf 27 pro Tag
- ♦ Lineare Lohnerhöhung von 2% pro Jahr bei einer Vertragsdauer von 3 Jahren
- ♦ Rückwirkend auf den 30. April 1998 eine Erhöhung der Löhne von jährlich 1%
- ♦ Finanzierung des Reisepasses durch den Arbeitgeber
- ♦ Zahlen einer Prämie wenn der Fahrer im Ausland blockiert ist (8 Stunden)
- ♦ Entlohnung aller geleisteten Stunden, inklusive der Wartezeiten
- ♦ Diskussion über soziale Begleitmaßnahmen in Bezug auf die Einführung des Punkteführerscheins

Hervorzuheben ist, dass laut einem rezenten Referendum, 83,5% der LKW-Fahrer bereit sind, zu streiken, falls die Arbeitgeber nach wie vor nicht bereit sind, über den Forderungskatalog zu verhandeln. Die Mobilisierungskampagne unter den Fahrern wurde sofort in Angriff genommen.

Einschüchterungsversuche

Seitdem bekannt war, dass die Gewerkschaften das Nationale Schlichtungsamt mit dem Streitfall um die Erneuerung des Kollektivvertrags für den gewerblichen Straßengüterverkehr befasst hatten und die Fahrer nun eine Entlohnung aller geleisteten Arbeitsstunden fordern, liess die Reaktion mancher Transportunternehmer nicht lange auf sich warten. Gezielt werden OGB♦L-Betriebsräte einzeln zum Chef vorgeladen, um zur Ordnung gerufen zu werden. Der OGB♦L verurteilt diese kleinkarierte Vorgehensweise energisch. Sie verstößt nicht nur gegen elementarste Gewerkschaftsfreiheiten, sondern darüber hinaus gegen die Bestimmungen des Gesetzes über die Betriebsräte. Bestimmte Arbeitgeber haben, allem Anschein nach, fest vor, in einen offenen Konflikt hineinzusteuern.

Der OGB♦L hat am 12. Juli 2002 sowohl schriftlich bei der Gewerbeinspektion als auch beim Arbeitsminister und beim Transportminister interveniert und die Namen einzelner Betriebe genannt.

Nichts aus Kralowetz-Skandal gelernt !

Die im „Groupement Transport“ organisierten Spediteure scheinen offenbar nichts aus dem Kralowetz-Skandal

gelernt zu haben. Dabei zeigt der Vorfall um die Firma Kralowetz vorbildlich alle Facetten der praktizierten Wildwestmethoden im gewerblichen Straßengüterverkehr auf. Am 9. Februar 2002 meinte der Vorsitzende des „Groupement Transport“ in einem Zeitungsartikel, ihm seien sogar Fälle bekannt, die noch schlimmer seien. Der selbe Vorsitzende versuchte nun krampfhaft, im Rahmen einer am 10. Juli 2002 organisierten Pressekonferenz, die katastrophalen Zustände im gewerblichen Straßengüterverkehr herunter zu spielen und den Sektor als sauber darzustellen. Dem ist aber nicht so !

Die Ratlosigkeit, der Mangel an Argumenten und das schlechte Gewissen verleiten das „Groupement Transport“ nun zu einem Rundumschlag gegen die Regierung und die Gewerkschaften, insbesondere den OGB♦L, auszuholen.

Anstatt dafür zu sorgen, den durch Eigenverschuldung arg gebeutelten Sektor zu rehabilitieren und den Beruf des Kraftfahrers mittels anständiger Lohn- und Arbeitsbedingungen aufzuwerten, verlangt der einheimische Transportverband eine noch großzügigere Politik in Bezug auf das Einsetzen von Kraftfahrern aus Drittlandstaaten. Wohl mit dem Hintergedanken, auf diese Weise an billige Schaffer heranzukommen, die sich kaum zu Wehr setzen, wenn es um die Verteidigung elementarster Arbeits-, Sozial- und Gewerkschaftsrechte geht.

Forderungen der Fahrer legitim

Es ist deshalb nur legitim, dass die Lkw-Fahrer, bei steigendem Transportvolumen, eine Anpassung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen verlangen. Bedingt durch die von den Arbeitgebern von Anfang an durchgeführte Verschleppungstaktik bei den Kollektivvertragsverhandlungen, ist es genau so legitim, dass die Fahrer nun rückwirkend auf 1998, als die Verhandlungen begonnen haben, eine Lohnerhöhung verlangen. Den Gewerkschaften nun vorzuwerfen, sie seien die eigentlichen Verantwortlichen der Verzögerung und sie würden den Sozialkonflikt bewusst provozieren, grenzt schon an Schizophrenie.

Der OGB♦L-ACAL, als repräsentativste Gewerkschaft im Transportsektor, ist nicht mehr gewillt das „Spiel auf Zeit“ der Arbeitgeber zu dulden und verlangt endlich konkrete Verhandlungen betreffend die Erneuerung des Kollektivvertrags.

Convention collective pour chauffeurs-routiers

Office National de Conciliation saisi

Les organisations syndicales OGB♦L-ACAL, LCGB, FNCTTFEL et FCPT se sont réunies le vendredi, 5 juillet 2002 au siège de l'ACAL à Bertrange, pour déterminer ensemble les suites à réserver au dossier « convention collective pour les transports professionnels de marchandises par route ».

Les négociations durent depuis plus de 3 ans sans que les partenaires sociaux ne soient avancés. Cela est dû notamment à la politique de freinage de la fédération patronale « Groupement Transport ». Les négociations se trouvent actuellement dans une impasse.

En conséquence, les syndicats contractants ont décidé de saisir l'Office National de Conciliation du litige.

Le cahier de revendication des conducteurs de camions se présente comme suit :

- ♦ Augmentation des frais de route de 6,42 à 27 par jour

- ♦ Augmentation linéaire des salaires de 2% par an avec une durée de la convention de 3 ans
- ♦ Effet rétroactif : paiement d'une augmentation salariale de 1% par an à partir du 30 avril 1998
- ♦ Financement intégral du passeport par l'employeur
- ♦ Paiement d'une prime correspondant à 8 heures de travail par jour lorsque le conducteur est bloqué un jour à l'étranger.
- ♦ Indemnisation de toutes les heures prestées y compris les heures d'attente.
- ♦ Permis à points : Introduction de mesures sociales

Les syndicats soulignent que lors d'un récent référendum, 83,5% des conducteurs de camion se sont prononcés en faveur d'une grève au cas où les employeurs continueraient à faire la sourde oreille et ne seraient pas prêts pour négocier de ce cahier de revendication.

Les quatre organisations syndicales ont lancé, le même jour, la campagne de mobilisation auprès des conducteurs.

Transportverband „Groupement Transport“

Nichts aus Kralowetz-Skandal gelernt !

Die im „Groupement Transport“ organisierten Spediteure scheinen offenbar nichts aus dem Kralowetz-Skandal gelernt zu haben.

Der Vorfall um die Firma Kralowetz zeigt vorbildlich alle Facetten der praktizierten Wildwestmethoden im gewerblichen Straßengüterverkehr auf. Am 9. Februar 2002 meinte der Vorsitzende des „Groupement Transport“ gar in einem Zeitungsartikel, ihm seien sogar Fälle bekannt, die noch schlimmer seien. Der selbe Vorsitzende versucht nun krampfhaft, im Rahmen einer Pressekonferenz, die katastrophalen Zustände im gewerblichen Straßengüterverkehr herunter zu spielen und den Sektor als sauber darzustellen. Dem ist aber nicht so !

Die Ratlosigkeit, der Mangel an Argumenten und das schlechte Gewissen verleiten das „Groupement Transport“ nun zu einem Rundumschlag gegen die Regierung und die Gewerkschaften auszuholen.

Anstatt dafür zu sorgen, den durch Eigenverschuldung arg gebeutelten Sektor zu rehabilitieren und den Beruf des Kraftfahrer mittels anständiger Lohn- und Arbeitsbedingungen aufzuwerten, verlangt der einheimische Transportverband eine noch großzügigere Politik in Bezug auf das Einsetzen von Kraftfahrern aus Drittstaaten. Wohl mit dem Hintergedanken, auf diese Weise an billige Schaffer heranzukommen, die sich kaum zu Wehr setzen werden, wenn es

um die Verteidigung elementarster Arbeits-, Sozial- und Gewerkschaftsrechte geht.

Es ist nur legitim, dass die Lkw-Fahrer, bei steigendem Transportvolumen, eine Anpassung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen verlangen. Bedingt durch die von den Arbeitgebern von Anfang an angewandte Verschleppungstaktik bei den Kollektivvertragsverhandlungen, ist es genau so legitim, dass die Fahrer nun rückwirkend auf 1998, als die Verhandlungen begonnen haben, eine Lohnerhöhung verlangen. Den Gewerkschaften nun vorzuwerfen, sie seien die eigentlichen Verantwortlichen der Verzögerung und sie würden den Sozialkonflikt bewusst provozieren, grenzt schon an Schizophrenie.

Die vertragsführenden Gewerkschaften sind nicht gewillt, das „Spiel auf Zeit“ der Arbeitgeber zu dulden und verlangen endlich konkrete Verhandlungen betreffend die Erneuerung des Kollektivvertrags.

Euro Trans Logistique sa

35 Lkw-Fahrer werden zu Gesetzesüberschreitungen gezwungen

Der OGB♦L-ACAL ist stets dafür eingetreten, zuerst die zahlreichen arbeitsrechtlichen und sozialen Probleme im gewerblichen Straßengüterverkehr, im privaten Bussektor und im Taxisektor zu regeln und dann erst über repressive Maßnahmen gegenüber den Berufsfahrern zu legislieren.

Im Zusammenhang mit der Diskussion um den Punkteführerschein, machte der OGB♦L-ACAL am 2. Juli 2002 auf den Fall der Transportfirma „Euro Trans Logistique sa“ mit Sitz in Roeser aufmerksam. Die Fahrer dieses Unternehmens wurden an diesem Tag im Büro des OGB♦L-ACAL vorstellig, weil sämtliche 35 Lkws und Anhänger nicht durch ein Zertifikat der staatlichen Kontrollstation abgedeckt sind. Außerdem ist auf keines der Fahrzeuge eine Transportlizenz ausgestellt. Die Kraftfahrer werden von ihrem Arbeitgeber gezwungen, gegen die gesetzlichen Bestimmungen der Straßenverkehrsordnung zu fahren. Erst kürzlich wur-

den zwei Fahrer besagter Firma kontrolliert und die Fahrzeuge beschlagnahmt. Den Fahrern wird nun der Prozess gemacht. Mit der Einführung des Punkteführerscheins werden ihnen dann zusätzlich noch, ohne ihr eigenes Verschulden, Strafpunkte abgezogen.

Nach einer ersten Analyse der abgegebenen Tachoscheiben, hat der OGB♦L-ACAL weiterhin festgestellt, dass die Fahrer der Firma „Euro Trans Logistique sa“ gezwungen werden, die gesetzlich vorgegebenen Lenk- und Ruhezeiten zu missachten, dass sie weder Überstunden, Sonntagsstunden, Feiertagsstunden und Nachtstunden ausbezahlt bekommen und dass auch die Urlaubsberechnung völlig falsch ist.

Der OGB♦L-ACAL hat die Gewerbeinspektion, die Staatsanwaltschaft und die Zollverwaltung mit dem Fall befasst.

Punkteführerschein

OGB♦L-ACAL enttäuscht über Abstimmungsergebnis und über politischen Stil der DP

Der OGB♦L-ACAL ist enttäuscht über das Abstimmungsergebnis vom 3. Juli 2002 in der Abgeordnetenversammlung, mit welchem das Gesetz über den Punkteführerschein angenommen wurde.

Entgegen den Aussagen von Transportminister Grethen, ist das Gesetz weder pädagogisch wertvoll, noch sozial ausgerichtet, sondern repressiv und a-sozial, das bis hin zum Führerscheinentzug führen kann. Ein Entzug des Führerscheins bedeutet für Berufskraftfahrer gleichzeitig den Verlust des Arbeitsplatzes.

Vielmehr müssten zuerst die notwendigen arbeitsrechtlichen und sozialen Maßnahmen im privaten Straßentransportsektor ergriffen werden, bevor über repressive Schritte gegenüber den Berufsfahrern entschieden wird. Verstöße gegen die Straßenverkehrsordnung sind im privaten Straßentransportsektor in der Regel auf Murks und Stress am Arbeitsplatz zurückzuführen.

Enttäuscht ist der OGB♦L-ACAL auch über die Haltung der DP-Fraktion bei der Abstimmung über eine Motion betreffend das Einsetzen einer nationalen Konferenz, die über soziale Begleitmaßnahmen für Berufsfahrer befinden soll. Entgegen den Abmachungen anlässlich einer Zusammenkunft des OGB♦L mit der DP am vergangenen 30. April 2002, stimmte die DP gegen eine solche Motion. Mit ihrem Dolchstoß stellt die DP ihre Glaubwürdigkeit ernsthaft in Frage.

Dienst nach Vorschrift

Als Reaktion appelliert der OGB♦L-ACAL an alle Berufsfahrer, ab nun nur noch Dienst nach Vorschrift zu verrichten.

Dies bedeutet im Konkretnfall:

- ♦ Striktes Einhalten der Geschwindigkeiten, ohne Rücksicht auf die Busfahrpläne oder auf den Liefertermin im Straßengüterverkehr
- ♦ Bei blockierten Bushaltestellen, sei es durch andere Busse oder durch falsch parkende Pkws, gemäß „Code de la Route“ die nächste Bushaltestelle anfahren
- ♦ Intervention beim Arbeitgeber mit eventuell anschließender Arbeitsverweigerung und zusätzlicher Klage bei der Polizei im Falle
 - der Übernahme eines Fahrzeugs, das nicht durch ein gültiges Zertifikat der staatlichen Kontrollstation abgedeckt ist
 - der Übernahme eines Fahrzeugs ohne gültige Transportlizenz
 - der Übernahme eines Fahrzeugs mit glatten Reifen
 - der Übernahme eines Fahrzeugs mit defekten Bremsen
 - von Überladen

Der OGB♦L-ACAL ruft weiterhin alle Lkw-Fahrer auf, darauf zu bestehen, das Gewicht des Fahrzeugs vor der Abfahrt mittels einer Waage überprüfen zu lassen.

I Sécurité et santé au travail

Date	Intitulé du cours / séminaire	Niveau	Langue
25.10.2002	Alkohol am Arbeitsplatz		A / L
06 – 07.11.2002	Stress am Arbeitsplatz	I	L / A
14 – 15.11.2002	Stress am Arbeitsplatz	II	L / A
18 – 19.11.2002	Mobbing und sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz	I	L / A
02 – 03.12.2002	Mobbing und sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz	II	L / A

II Syndicalisme et représentation des travailleurs

octobre 2002 date sera confirmée	Le syndicalisme Qu'est-ce qu'un syndicat? A quoi peut-il servir?		F
29.10.2002	Gender Training für Personaldelegierte	II	A
30.10.2002	Genre - Gender Training pour les délégués du personnel	II	F
06 – 07.11.2002	La préparation aux élections sociales		F
28 – 29.11.2002	La préparation aux élections sociales		F
05 – 06.12.2002	La communication syndicale au sein de l'entreprise		F

III Economie

19 – 20.12.2002	La mondialisation de l'économie		F
-----------------	---------------------------------	--	---

IV Développement de la personnalité

08 – 09.07.2002	Perfectionnement aux techniques de négociation	II	F
19 – 20.09.2002	Techniques de réunion - Développer un projet syndical	III	F
03 – 04.10.2002	Perfectionnement aux techniques de négociation	III	F
29 – 30.10.2002	Développement de la personnalité	III	F
10 – 11.10.2002	Konfliktmoderation – die Kunst mit Konflikten konstruktiv umzugehen	I	L / A
24 – 25.10.2002	Konfliktmoderation – die Kunst mit Konflikten konstruktiv umzugehen	II	L / A

V Droit du travail

09 – 10.12.2002	La conclusion et la résiliation d'un contrat de travail		A / L
-----------------	---	--	-------

VI Droit social

28 – 29.10.2002	Ce qu'il faut savoir en cas d'incapacité de travail pour cause de maladie et toutes les dispositions avant et après la naissance ou adoption d'un enfant.		A / L
-----------------	---	--	-------

Les cours se tiennent en langue luxembourgeoise (L), allemande (A) et française (F).

Ces séminaires sont soutenus par le Fonds Social Européen (FSE).



Formulaire d'inscription

Je soussigné(e) désire m'inscrire au séminaire suivant :

Intitulé du séminaire	Date

Nom Mme , M.

Prénom

Date de naissance Lieu de Naissance

Nationalité

N° Matricule de la sécurité sociale

Profession

Fonction syndicale

Adresse N° Rue

Code postal Localité

Téléphone / GSM e-mail

Nom de l'employeur

Adresse N° Rue

Code postal Localité

Téléphone e-mail Fax

Je demande au secrétariat de l'IFES :

- de solliciter une dispense de service auprès de mon employeur
 de me réserver une chambre de logement de m'inscrire au déjeuner



Prrière de cocher la case correspondante

Veuillez renvoyer le formulaire au secrétariat de l'IFES/OGB-L :

12 rue du château, L-5516 Remich Tél: 26 66 13-1 / Fax : 23 69 93 52 / e-mail : ifes@ifes.lu

Date Signature



Chiennne de Vie



"TAXE DE 15% SUR LES CONTRATS AUTOMOBILES : LA COMMISSION EUROPEENNE SAISIE "

Pour rappel, jusqu'au 31.12.2001, les contrats d'assurance automobiles en France étaient soumis à la perception d'une taxe de 15 % au profit des organismes de sécurité sociale. Les dispositions alors en vigueur prévoyaient l'exonération de cette taxe pour les travailleurs frontaliers.

Dans le cadre de la loi de financement de la sécurité sociale pour 2002, publiée au journal officiel du 26 décembre 2002, une double disposition a été apportée aux dispositions antérieures :

- ♦ Transfert du produit de cette contribution au FOREC, (fond de financement de la réforme des cotisations patronales de sécurité sociale),
- ♦ Suppression de cette exonération à partir du 01 janvier 2002.

Les travailleurs frontaliers étant soumis, en vertu des règlements communautaires, à la législation sociale du pays d'emploi, il ressort que, les travailleurs frontaliers doivent être exonérés de cette taxe sur les contrats d'assurance automobile.

Notre intervention auprès du ministère compétent étant restée vaine, le comité de défense des travailleurs frontaliers de la Moselle à Sarreguemines et la section des frontaliers français de l'OGB♦L ont décidé de saisir la commission européenne de ce dossier.

Nous sommes donc dans l'attente de la position de la commission sur ce litige qui nous semble être identique aux dossiers CSG et CRDS.

Philippe Manenti



**Vacances de rêve.
Vacances découverte.
Vacances détente.
Vacances en famille.**

**Un acquis grâce au combat des
syndicats.**

**Pendant que vous vous relaxez, nous restons
en place pour suivre les évolutions.**

**Le prochain AKTUELL arrivera à point en
septembre lors de la rentrée sociale et vous
informera, comme d'habitude, sur l'actualité
politique et sociale, nationale et internationale.**

**L'équipe d'AKTUELL souhaite à tous
ses lecteurs, collaborateurs et amis
un très bon congé!**





John Castegnaro
Président

Résultats concrets

La campagne de mobilisation de l'OGB•L en faveur d'une juste redistribution a énormément fait bouger les choses, les dernières semaines. Grâce à elle, des améliorations concrètes dans le domaine des retraites et de la politique sociale et familiale ont pu être imposées à tous les niveaux de la société, pour une majorité de gens. Certes les problèmes sont loin d'être tous résolus et l'on ne saurait encore parler de justice sociale. Mais on vient d'assister à un progrès social à grande échelle et, partant, à une amélioration du pouvoir d'achat de la population active et des retraités.

Engagement continu

Les actions de l'OGB•L s'avèrent payantes. Les conventions collectives sont continuellement renouvelées et améliorées, en dépit de l'opposition croissante des employeurs. Elles ne correspondent pas toujours ni en tout temps aux bons résultats du secteur. Exemple des banques: ici, le patronat est le gagnant parce que l'ALEBA a essayé de démanteler le front des syndicats longtemps avec le soutien occulte du LCGB. En dernière minute, le LCGB a ralié la position et l'argumentation de l'OGB•L et ne signera pas la convention collective. La pression de la base a du être trop forte. Les victimes auraient une fois de plus été les dizaines de milliers d'employés de banque qui méritent mieux.

D'autres conventions collectives n'ont pu être réglées que par l'intermédiaire de l'Office National de Conciliation ou font encore l'objet d'une procédure de conciliation. Les conventions collectives constituent toujours un instrument essentiel permettant d'influencer l'aménagement des conditions de rémunération salariale et de travail. Mais seul un syndicat fort comme l'OGB•L peut avoir un tel poids. D'où l'importance de la réforme des conventions collectives promise ainsi que de la modernisation des droits de cogestion et de délégation revendiquée par l'OGB•L. La campagne de mobilisation de l'OGB•L à ce sujet est en cours !

L'OGB•L a tenu parole !

Fin juin, les nouvelles pensions augmentées du secteur privé et le paiement rétroactif à compter du 1er mars 2002 ont été versés. La satisfaction était visible chez les retraités

et les veuves, même si les problèmes sont loin d'être tous réglés. Ceci constitue un grand pas en direction de l'équité des pensions et ni les retraités, ni l'OGB•L ne laisseront certains rabat-joie remettre ce succès en question.

L'OGB•L s'est battu pour cette cause depuis 1996 et les intéressés ont droit au relèvement de leurs pensions. Ils ont bossé pour cela et cotisé. Que l'on cesse d'évoquer la déprime qui curieusement ne vaut que pour le secteur privé. Cette idée est souvent attisée par des dignitaires de l'Etat qui eux mêmes percevront dans quelques années quelque 5/6 des retraites sans le moindre plafonnement de revenu. Mais cela semble normal et ne poser aucun problèmes de financement dans les prochains millénaires.

Nouvelle loi sur l'invalidité

Cette réforme « historique » a enfin été abrogée. Pendant des années et non sans succès, l'OGB•L s'est engagé pour cette réforme en profondeur, enfin passée dans les faits. Pendant que d'autres passaient leur temps à se lamenter des semaines durant, l'OGB•L a réussi à la dernière minute à imposer une application rétroactive de la loi. Cette nouvelle loi va mettre fin au calvaire de nombreux requérants. L'époque des humiliations et de la chute dans la totale indigence est révolue.

A l'automne, une autre loi importante sera votée, qui prévoit de supprimer les dispositions d'exception pour les employés du secteur de l'Horeca. Ici aussi l'OGB•L a fait pression durant des années et soumis des propositions concrètes. Ici aussi, nous avons imposé à la dernière minute que la compensation salariale soit garantie lors du passage progressif à la semaine de 40 heures.

Epreuve de force avec les médecins

Nous maintenons notre point de vue : avec nous, pas de médecine à deux vitesses, et donc pas de suppression du système actuel de conventionnement. Mais nous sommes toujours favorables à des adaptations et des améliorations de la rémunération des médecins. Pour y parvenir, l'AMMD devrait enfin arrêter de se battre contre des mou-

lins à vent et soumettre des revendications et propositions concrètes destinées à résoudre les problèmes actuels. Ou bien faut-il supposer que l'attitude de l'association des médecins vise uniquement à faire empirer les choses?

En matière de santé, l'évolution dans le secteur hospitalier au Sud du pays est également intéressante. Le fait que le centre de rééducation promis soit encore à l'étude est un scandale. Les ministres et députés devraient se rendre seulement quelques heures au centre de rééducation Hamm. Ils pourraient constater de visu que les conditions qui y règnent sont inacceptables, tant pour les patients que pour le personnel !

Engagement permanent

Il y en a qui parlent, l'OGB•L agit. Le projet de loi « stress au travail » présenté par le député Lucien Lux porte aussi la signature de l'OGB•L, ce qui n'est pas sans irriter le camp de la droite. La parole ou l'action ? Nous sommes dans le camp de l'action et c'est pourquoi nous nous félicitons du premier volet de mesures contre la pénurie de logements. Dès maintenant, nous mettons en garde contre la réforme souhaitée de la loi sur les loyers ; elle pourrait se traduire par une baisse du prix des terrains constructifs mais, en contrepartie, par une hausse des loyers.

Profiter des vacances

De nombreux travailleurs, écoliers et leurs familles vont profiter de la trêve estivale. A tous ceux qui quittent l'école, nous souhaitons que le marché de l'emploi présente des postes correspondant à la formation scolaire et offre les conditions de l'autonomie et de la création d'entreprise. Ces « nouveaux » travailleurs devraient aussi se syndicaliser. Nous avons besoin d'eux. C'est une question de solidarité, de force et de capacité à s'imposer.

L'avenir est plein de défis. Dans l'Union européenne, les indicateurs sont toujours au beau fixe en matière de succès économique ... y compris au prix de la remise en cause des acquis sociaux. Et cela, nous ne l'accepterons pas !!

L'OGB♦L sur le Tour de France



Coopération syndicale transfrontalière d'un type nouveau : les copains de FO (Force Ouvrière) proposent à l'OGB♦L de participer au Grand Départ du Tour 2002 à Luxembourg les 7 et 8 juillet. Des milliers de spectateurs applaudissent au passage des véhicules publicitaires.



CHANGEMENT d'ADRESSE et/ou d'EMPLOYEUR

Il est important de communiquer vos changements d'adresse, de patron, non seulement à la commune, à l'employeur, à vos établissements financiers, au Centre Commun de la Sécurité Sociale (Département Affiliation), à la Caisse Médico-Chirurgicale Mutualiste, mais également à votre syndicat.

Avis de changement à découper et à envoyer à l'OGB♦L, Monsieur Albert Hirtz - B.p. 149 - L-4002 Esch/Alzette ou à faxer au (+352) 54 16 20

Nom et prénom: Matricule de Sécurité Sociale:.....

Matricule OGB♦L: Date de naissance:.....

CHANGEMENT D'ADRESSE

Anciennement:

Rue et numéro

Code postal..... Localité

Actuellement:

Rue et numéro

Code postal..... Localité

CHANGEMENT D'EMPLOYEUR

Anciennement:.....

Actuellement:.....



Jean-Claude Reding
Secrétaire général

Zukunftskonvent Das soziale Europa braucht eine Stärkung und Vertiefung der Europäischen Union

Bei dem Gipfel der Staatschefs der Europäischen Union am 14. und 15. Dezember 2001 in Brüssel wurde eine Erklärung über die Zukunft Europas verabschiedet, in der eine Liste der Fragen zu „den Herausforderungen und Reformen in einer erneuerten Union“ aufgegriffen wurde. Unter dem Vorsitz von Valéry Giscard d'Estaing wurde ein Konvent über die Zukunft Europas einberufen. Luxemburg ist in diesem Konvent mit drei ordentlichen Mitgliedern vertreten: Ben Fayot, Paul Helminger und Jacques Santer.

Dieser Konvent soll bis zum Frühjahr 2003 ein „Abschlussdokument“ verfassen, „das entweder verschiedene Optionen mit der Angabe, inwieweit diese Optionen im Konvent Unterstützung gefunden haben, oder – im Falle eines Konsenses – Empfehlungen enthalten kann. Zusammen mit den Ergebnissen der Debatten in den einzelnen Staaten über die Zukunft der Union dient das Abschlussdokument als Ausgangspunkt für die Arbeit der Regierungskonferenz, die die endgültigen Beschlüsse fassen wird“.

Die grundlegende Frage, auf die eine Antwort zu finden ist, ist die Frage, ob wir die Kompetenzen der Europäischen Union erweitern und ihre Institutionen stärken wollen. Wenn die Antwort auf diese Frage negativ ist, hat die Erweiterung der Europäischen Union eine Schwächung der gemeinschaftlichen Institutionen und eine Stärkung der rein wirtschaftlichen und finanziellen Ausrichtung der Union zur Folge, und zwar auf Kosten der anderen Aspekte wie der Sozialpolitik, der Beschäftigungspolitik, der Umwelt- und Gesundheitspolitik usw.

Die Antwort des Europäischen Gewerkschaftsbunds, der heute die einheitliche und repräsentative Organisation der europäischen Gewerkschaftsbewegung ist, geht in Richtung einer Vertiefung und Stärkung der Union. Diese These habe ich auch im Namen der luxemburgischen Gewerkschaftsverbände, die Mitglieder des EGB sind, bei der von den luxemburgischen Mitgliedern des Konvents organisierten öffentlichen Anhörung am 9. Juli vertreten.

Die Reform der Verträge sollte dazu dienen, die Ziele der Union zu bekräftigen, neu zu definieren und zu stärken. Diese Ziele sollten Folgendes beinhalten: Frieden, Demokratie, Menschenrechte, Schutz und Achtung der natürlichen Umwelt, soziale Gerechtigkeit, sozialer Zusammenhalt, öffentliche Dienste und das europäische Sozialmodell.

Das europäische Sozialmodell sollte auf dem Gleichgewicht zwischen Markt und sozialer Gerechtigkeit gründen.

Die Wirtschaft darf kein Ziel an sich sein, sondern muss im Dienste der Ziele stehen, die die Europäische Union demokratisch festlegt und die daher zusammen mit der Charta der Grundrechte in den Unionsverträgen enthalten sein müssen, die damit Verfassungscharakter erhalten. Das europäische Sozialmodell gründet außerdem auf dem Sozialdialog, der Achtung der Selbstregulierungsrolle im Rahmen der europäischen und nationalen Rechtsvorschriften und der Schaffung eines Systems europäischer transnationaler Sozialbeziehungen zwischen den Arbeitgeberorganisationen und den auf europäischer Ebene repräsentativen Gewerkschaften.

Die Reform der Verträge sollte ebenfalls dazu dienen, die Gemeinschaftskompetenzen im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik zu stärken. In einer Mitteilung an den Konvent sagte Emilio Gabbrio, der Generalsekretär des EGB, hierzu: „Es sind jedoch einige Neuerungen nötig. Erstens in der Wirtschaftspolitik. Es ist unseres Erachtens eindeutig unerlässlich, der Union umfangreichere Kompetenzen zur Koordinierung der Wirtschafts-, Haushalts- und Steuerpolitik einzuräumen, wenn wir den integrierten Markt und die einheitliche Währung effektiv in den Dienst der nachhaltigen Entwicklung und der Vollbeschäftigung stellen wollen. Die gegenwärtige Situation hindert uns in der Tat daran, die Entwicklungsmöglichkeiten, die uns bei gemeinsamem Vorgehen zur Verfügung stünden, voll zu nutzen. Zweitens bei den Kompetenzen der Union im Bereich der Sozial- und Beschäftigungspolitik. Entgegen einigen Ansichten sollten diese Kompetenzen nicht nur beibehalten, sondern erweitert werden, sowohl bei der Definition der Mindestnormen als auch in anderen Bereichen, wie dies bereits durch die Leitlinien für die Beschäftigung und die Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung begonnen wurde. ... Die Union muss über die notwendigen Kompetenzen verfügen, um als politischer Akteur auf der internationalen Bühne auftreten zu können, insbesondere in einem Moment, in dem eine demokratische Regierung und die soziale Kontrolle des Globalisierungsprozesses unerlässlich sind.“

Die institutionellen Fragen sollten je nach den Zielen, die sich die Europäische Union steckt, behandelt werden. Die Anhörung in der Abgeordnetenkammer zeigte, dass es gewisse Spannungen gibt, da Luxemburg befürchtet, seine Identität und seinen Einfluss in einer erweiterten und stärkeren Union zu verlieren. Manchmal wird dieses Gefühl noch durch die Furcht verstärkt, dass Luxemburg bei einer Stärkung der Gemeinschaftskompetenzen keine autonome Wirtschaftspolitik mehr führen könnte, da es keine Souveränitätsnischen mehr geben würde. Hier gilt es eine klare Sprache zu sprechen.

Die Zukunft Luxemburgs wäre düster, wenn sie sich auf den Grenzhandel mit Benzin, Alkohol und Tabak sowie auf die Rolle als Steuerparadies für Unternehmen beschränken würde.

Der steuerliche Wettbewerb schadet langfristig allen Ländern und kann unser System des sozialen Schutzes und der öffentlichen Dienste gefährden. Im Steuerbereich ist ein gemeinsamer Ansatz auf Unionsebene unter Beibehaltung einer gewissen Autonomie aller Länder erforderlich. Der politische Einfluss Luxemburgs kann nicht aufrechterhalten werden, wenn unser Land den Eindruck vermittelt, eine parasitäre Politik zu betreiben.

Die Diskussion über die Zukunft Europas kommt nur langsam in Gang, und die Debatte über die Rolle und den Platz Luxemburgs im künftigen Europa bleibt schwach.

Das gemeinsame europäische Sekretariat der CGT(OGB♦L, FNCTTFEL, FLTL) und des LCGB wird ab dem Herbst Konsultationen und Debatten abhalten, die zu einer Vertiefung der Diskussion innerhalb der Gewerkschaftsbewegung und zur Erarbeitung eines spezifischen Gewerkschaftsbeitrags führen sollen.

IMPRESSUM

Zeitung des OGB♦L

"Unabhängiger Gewerkschaftsbund Luxemburg"

Verleger: OGB♦L "Onofhängege Gewerkschaftsbond Lëtzebuerg"

Herausgeber für den OGB♦L:

John Castegnaro

60, bd. J.F. Kennedy ♦ B.P. 149 ♦ L-4002 Esch/Alzette

Editeur responsable pour la Belgique:

Raymond Thirion - Section des Frontaliers belges

10, rue Général Molitor ♦ Boîte 25 ♦ B-6700 Arlon

INTERNET: <http://www.ogb-l.lu> / e-mail: ogb-l@ogb-l.lu

Tel.: 54 05 45-1 ♦ Fax: 54 16 20

Die gezeichneten Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Die Redaktion behält sich Kürzungen der Beiträge vor. Les articles signés ne reflètent pas nécessairement la position de la rédaction. La rédaction se réserve le droit d'abréger les textes.

Chefredakteur: Chantal Boly - chantal.boly@ogb-l.lu

Koordination: Maguy Baasch - maguy.baasch@ogb-l.lu

Layout: James Vallad - james.vallad@ogb-l.lu

Druck ♦ Impression: Techprint, Esch/Lankelz

Festa dell' Unità

4, 5 et 6 octobre 2002

Fête sous tente au Gaalgebierg

Débats politiques

Programme culturel

Gastronomie italienne et portugaise

OGB♦L Rentnersektion Differdange/Rodange

Einladung zum diesjährigen

GRILLFEST

Sonntag, 4. August ab 10.00 Uhr

im Hall Polyvalent "La Chiers"

in Differdingen

Sekioun Wooltz

Einladung zum diesjährigen

GRILLFEST

Sonntag, 18. August ab 11.00 Uhr

in Nörtringen „am Pals“

Für das leibliche Wohl ist bestens
gesorgt.

Menü für Mitglieder (Gegrilltes,
Salat nach Belieben, Kaffee und
eine Waffel): 12.50.- €

Kindermenu (Gegrilltes + Waffel): 6.- €.

Anmeldung bis spätestens

9. August 2002, bei:

BUCCO Pierrette,

Tel. 993676, oder 091-651341

GREGORIUS Georges,

Tel. 994644 oder 091-994644

BARTEN Alex,

Tel. 26950366-31 oder

091305754

L'OGB♦L

recherche pour son syndicat Erziehung
a Wësseschaft (SEW)

un(e) secrétaire

qui aura pour mission :

- ♦ d'assister les responsables du syndicat
- ♦ de participer aux réunions externes et internes du syndicat et d'assurer l'exécution des décisions prises
- ♦ d'assurer la gestion administrative du syndicat

Le/la candidat(e) doit disposer d'une formation de niveau baccalauréat au moins ou d'une expérience professionnelle adéquate.

Une bonne expression écrite et orale en allemand, anglais et français, ainsi que l'utilisation orale de la langue luxembourgeoise sont indispensables.

Le poste de travail offert demande disponibilité, autonomie, engagement et esprit de collaboration.

Ce poste est à temps plein et à durée indéterminée.

Les candidatures sont à adresser jusqu'au 2 août à l'adresse suivante : OGB♦L

Reding Jean-Claude

Secrétaire général

B.P. 149

L-4002 Esch/Alzette

Eng Iddi m cht hire Wee.



FLAMMA

67, rue de Hollerich

B.P. 73

L-2010 Luxembourg.

Tél. 48 71 33

Fax: 48 92 41

www.flamma-asbl.lu

Gesellschaft
ohne Gewinnzweck,
basierend auf dem
Prinzip der Mutualität

FLAMMA

SOC. POUR LA PROPAGATION DE
L'INCINERATION A.S.B.L. FONDÉE EN 1906

¥ Bereits nach sechsmonatiger Mitgliedschaft bleiben der Familie des Verstorbenen alle Bestattungskosten und Behördengänge erspart.
¥ Die Einversicherung erlaubt sowohl eine zivile als auch eine religiöse Beisetzung.
¥ Sie zahlen lediglich eine einmalige, nach Ihrem Alter gestaffelte Beitrittsgebühr und einen Jahresbeitrag von 20.-

Bitte senden Sie mir unverbindliche Unterlagen über eine Mitgliedschaft bei der FLAMMA zu:

Name Vorname

Strasse

PLZ Ortschaft

Geburtsdatum:

Bitte einsenden an: FLAMMA, B.P. 73, L-2010 Luxembourg

1 Kind reist kostenlos !*

*MALLORCA

ab **499 €**

HIPOTEL * * *

Abflüge: 19. Juni - 23. September

letzter Rückflug: 30. September

Doppelzimmer / Halbpension

Kinderermässigung: 1 Kind von 2-12 J.: 100%

ab **519 €**

HIPOTEL * * * *

Abflüge: 19. Juni - 23. September

letzter Rückflug: 30. September

Doppelzimmer / Halbpension

Kinderermässigung: 1 Kind von 2-12 J.: 100%

*LANZAROTE

RIU HOTEL * * *

609 €

Abflüge: 13. Juli - 21. September

letzter Rückflug: 28. September

Doppelzimmer o. Apartment /

Halbpension

Kinderermässigung: 1 Kind von 2-12 J.: 100%



Weitere Informationen und Buchungen in
den Agenturen von:

Voyages ATOL



City Center **VOYAGES FLAMMANG**

1, rue du Commerce • L-3450 Dudelange • Tel.: 52 52 80 • Fax: 52 52 88

e-mail: dudelange@flammang.lu

LE MOT MYSTÉRIEUX

RECHERCHE D'OR	▼	LIBERTAIRE	▼	DÉSABUSÉE	▼	HARPON	▼	ROMANESQUE
MOT-VALISE		INTERDITE		DÉRAPER		PRINTEMPS		
▶		▼		▼		▼	4	▼
PARTIE DE DOIGT	▶				2		3	
COQUILLAGES								
▶			9			ANONYME	▶	
IRIDIUM	▶		CONVENABLE	▶		FRAPPE		
PETITES CLAIRES			CROIX GAMMÉE					
▶		8	▼				SURPRENDRE	
RECRUTE	▶				FILS DE NOÉ	▶	▼	
SOLEIL ÉGYPTIEN					AVIRON			
▶	7	IMMUABLE	▶		▼			
		TARTEMPION						
TYPE	▶	▼		JEUNE TÊTU	▶			
PIANO				LENTILLE				
▶			5	▼				6
RANDONNÉES PÉDESTRES	IMPRIME	▶				JEUNE VOLONTÉ	▶	
	MARIANNE					CACHÉ		
▶	▼	10		1	PAREIL	▶	▼	
DOUBLE COUP DE BAGUETTE	▶				TRAITEMENT	▶		

A gagner:

1^{er} prix : 1 réveil électrique

2^e prix : 1 radio

3^e prix : 1 calculatrice

Tous les membres de l'OGB♦L, à l'exception de son personnel, sont admis au jeu.

Notez le mot mystérieux sur une carte postale et adressez-la jusqu'au 16 septembre 2002 à :

OGB♦L

Service Information et Presse

B.P. 149

L-4002 Esch/Alzette

Si nous recevons plus de réponses correctes que de prix mis en jeu, les gagnants seront départagés par un tirage au sort.

Le mot mystérieux et les noms des trois gagnants seront publiés dans notre prochain numéro.

Les prix peuvent être retirés à la Centrale de l'OGB♦L à Esch/Alzette (bd. Kennedy) auprès de M. Albert Hirtz.

Ecrivez ici, lettre par lettre, le mot mystérieux

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----

IV/76 © HACHEL INT

O	A	B	D						
F	R	A	N	G	L	A	I	S	
P	H	A	L	A	N	G	E		
C	A	U	R	I	S	O	N		
I	R	S	E	A	N	T			
C	L	I	S	S	E	S	I		
L	E	V	E	S	E	M			
R	A	A	R	R	E	T	E		
G	U	S	A	N	O	N			
L	E	N	T	E	M	E	N	T	
T	I	R	E	N	A				
T	R	E	K	S	T	E	L		
F	L	A	C	U	R	E			

06/2002 - Solution : SAGITTAIRE

Christian Marenic, Ville Houdlémont (F), 1^{er} prix
 Sandrine Pietryga, Luxembourg (L), 2^{ème} prix
 Joëlle Conrad Eppe, Mussy-la-Ville (B), 3^{ème} prix

8
 ERREURS
 FEHLER
 DIFFERENCES
 DIFERENCIAS

Découvrez les 8 différences qui existent entre les deux dessins

Tell the 8 differences between the two drawings

Encuentre las 8 diferencias que existen entre los dos cuadros

Die zwei Bilder unterscheiden sich in 8 Punkten. Welche ?



KREUZWORTRÄTSEL

Verwunderung	ein alkoholisches Getränk	griechische Vorsilbe: Stern	Investitionsbetrag	farbenlos	Hautschicht	deutsche Vorsilbe	Großunterlage	Sitz der Gewerkschaftsleitung	Verbindungsbohlen	niederländisch: eine
			5			kleinste Einheit eines Dramas				
Bergstock in Graubünden		Unfälle				baumartige Graspflanze		zu keiner Zeit		
Zuspruch im Leid				Geldschein	Fleischgericht					
		zerlegbar		erprobt						bestens
veraltet: zwei	Gewicht der Verpackung		4		austral. Laufvogel		Holzspalter		griech. Sagen-gestalt	
Blumensteckkunst					Laken-eintzung (seem.)		Wäsche-stück			
				polynesisches Segelboot	verdichtet					
Figur in 'Pony und Boss'	Windseils	japanischer Politiker, † 1909		Luftreifen (Mc.)			und so weiter (Abk.)		Drei-finger-feistler	
Fußball-spieler-position			6		Abk.: Heu-halts-gesetz		außerge-wöhnlich			2
Hamburger Dom-figur				Sportler				Schmerz-laut		
ausge-schwat									spanische GmbH	

1	2	3	4	5	6
---	---	---	---	---	---

Die Buchstaben der Felder 1 bis 6 ergeben das Lösungswort.

Zu gewinnen sind:

- | | |
|----------|-----------------------|
| 1. Preis | 1 elektrischer Wecker |
| 2. Preis | 1 Radio |
| 3. Preis | 1 Rechenmaschine |

Teilnahmeberechtigt sind alle Mitglieder mit Ausnahme des OGB♦L Personals.

Schreiben Sie das Lösungswort auf eine Postkarte und schicken Sie diese bis zum 16. september 2002 an:

OGB♦L-Pressabteilung
Postfach 149
L-4002 Esch/Alzette

Liegen mehr richtige Einsendungen vor als Preise zu vergeben sind, so entscheidet das Los. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Auflösung und Namen der drei Gewinner veröffentlichen wir in der nächsten Nummer.

Die Gewinne können in der Escher OGB♦L Zentrale (Boulevard Kennedy) bei Albert Hirtz abgeholt werden.

8

ERREURS
 FEHLER
 DIFFERENCES
 DIFERENCIAS

SOLUTION
 AUFLÖSUNG
 ANSWER
 SOLUCIÓN



SOMMER

06/2002 Lösung Kreuzworträtsel: SOMMER

- | | |
|---------------------------------|----------|
| Pia Baatz, Oetrange | 1. Preis |
| Alain Hames, Hobscheid | 2. Preis |
| Madame Mergen-Conte, Bascharage | 3. Preis |

SPRECHSTUNDEN / PERMANENCES

Secrétariats	Responsables	Lundi	Mardi	Mercredi	Jeudi	Vendredi
Esch/Alzette L-4002 60, bd J.F. Kennedy Tél.: 54 05 45-1 Fax: 54 16 20	Antinori A.-M. Molitor Robert Lorang Yasmine	14.00 - 17.00 hrs	10.00 - 12.00 hrs 14.00 - 17.00 hrs		10.00 - 12.00 hrs 14.00 - 17.00 hrs	10.00 - 12.00 hrs 14.00 - 17.00 hrs
Differdange L-4620 4, rue E. Mark Tél.: 58 82 86 Fax: 58 34 56	Müller Gérard		09.00 - 12.00 hrs	14.00 - 17.00 hrs	15.00 - 18.00 hrs	
Dudelange L-3441 31, av. G.D. Charlotte Tél.: 51 50 05-1 Fax: 51 50 05-29	Clees Romain Manderscheid René	14.00 - 17.00 hrs	10.00 - 12.00 hrs 14.00 - 17.00 hrs	14.00 - 17.00 hrs	10.00 - 12.00 hrs 14.00 - 17.00 hrs	10.00 - 12.00 hrs 14.00 - 17.00 hrs
Luxembourg L-1490 19, rue d'Eprenay Tél.: 49 60 05-1 Fax: 48 69 49	Pereira Carlos Dias Eduardo Medvescek Jeff		09.00 - 12.00 hrs 14.00 - 17.30 hrs		09.00 - 12.00 hrs 14.00 - 17.30 hrs	
Ettelbruck L-9052 6, rue Prince Jean Tél.: 81 90 01 Fax: 81 97 13	Arndt Frank	09.00 - 11.45 hrs (sur rdv)	08.00 - 11.45 hrs 13.00 - 16.00 hrs	13.00 - 17.00 hrs (sur rdv)	08.00 - 11.00 hrs	
Rodange L-4818 72, av. Dr. Gaasch Tél.: 50 73 86 Fax: 50 44 81	Racké Robert Müller Gérard Moinet Yvon		14.00 - 17.00 hrs	09.00 - 12.00 hrs 09.00 - 12.00 hrs		14.00 - 17.00 hrs
Grevenmacher L-6720 4, rue de l'Eglise Tél.: 75 80 35	Clees Romain			15.00 - 18.00 hrs		
Wiltz L-9557 2, rue Michel Rodange Tél.: 95 72 70	Arndt Frank				14.00 - 17.00 hrs	

PERMANENZE IN ITALIANO per pensioni, infortuni, malattia e prestazioni sociali varie

Lunedì	DUDELANGE	Maison Syndicale	Tél.: 51 50 05-22	14.00 - 16.00	
Lunedì	RODANGE	72, av. Dr. Gaasch	Tél.: 50 73 86	17.00 - 18.00	
Martedì	DIFFERDANGE	Maison Syndicale	Tél.: 58 82 86	14.00 - 17.30	
Martedì	WILTZ	2, rue Michel Rodange	Tél.: 95 72 70	14.30 - 18.00	
Mercoledì	ESCH	60, bld Kennedy	Tél.: 54 05 45-236	9.00 - 11.30	
Giovedì	LUXEMBOURG	19, rue d'Eprenay	Tél.: 49 60 05-205	9.00 - 11.30	14.00 - 17.30
Giovedì	ETTELBRUCK	6, rue Prince Jean	Tél.: 81 90 01	14.30 - 18.00	
Venerdì	ESCH	60, bld Kennedy	Tél.: 54 05 45-236	14.00 - 17.30	

SBA
Luxembourg
Tél.: 26 49 69-20

SPÉCIAL FRONTALIERS

Frontaliers français: * Centre Socioculturel (M.J.C.) (1^{er} étage)
31, rue Leclerc - B.P. 41 - F-57390 Audun-le-Tiche
Tél.: (0033) 3 82 50 32 50+
Fax: (0033) 3 82 50 32 53
Mardi et vendredi (vend. sur rdv): 14.00 - 18.00 hrs
Jeudi: 16.00 - 18.00 hrs
* 2, rue des Ecoles - F-57330 Volmerange-les-Mines
Tél.: (0033) 3 82 50 61 51
Lundi: 16.00 - 17.00 hrs
Jeudi: 14.30 - 16.00 hrs
* 8, rue du Cygne - F-57100 Thionville
(bureau de l'union locale CGT)
Tél.: (0033) 3 82 54 27 90
Mercredi: 14.00 - 17.00 hrs

Frontaliers belges: * 80, rue des Martyrs - B-6700 Arlon
Tél.: (0032) 63 23 00 50
Fax: (0032) 63 22 64 32
Jeudi: 09.00 - 12.00 hrs / Après-midi sur RDV
* FGTB rue des brasseurs, 8a - B-Bastogne
Tél.: (0032) 61 21 19 87
Samedi: 09.00 - 12.00 hrs

Deutsche Grenzgänger: * Burgweg 10 - D-54646 Bettingen
Wolfgang Schnarrbach
Tél.: (0049) 6527 - 12 79
Fax: (0049) 6527 - 93 38 61
E-Mail: W.Schnarrbach@T-Online.de

CONSULTATIONS EURES TRANSFRONTALIÈRES

Permanences des conseillers EURES
Sprechstunden der EURES-Berater



- de l'EURES PED:
Robert Racké à Rodange et à Arlon
- de l'EURES Sarre-Lor-Lux Rhénanie-Palatinat /
der EURES Saar-Lor-Lux-Rheinland-Pfalz
Romain Clees in Dülelingen und Grevenmacher
à Dudelange et à Grevenmacher

OGB-L - CMB

tous les **mercredis** et **vendredis** de 14.30 à 17.00 hrs
FGTB - 16A, rue des Usines - B-6791 Athus
Tél.: (GSM) 0032 0477 26 88 89

Syndicat Bâtiment / Permanencias "Construção"

OGB-L ETTTELBRUCK 6, rue Prince Jean Tél. 81 90 01
le jeudi de 14.30 à 18.00 hrs (ou sur rendez-vous)
Quinta-Feira 14h30 - 18h00

OGB-L WILTZ 2, rue Michel Rodange Tél. 95 72 70
le mardi de 14.30 à 18.00 hrs (ou sur rendez-vous)
Terça-Feira 14h30 - 18h00